

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage „Die Neue Welt“): Emil Müller, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Böhne, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Baumann & Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Gr. Münst. 3, Fernsp. 1567. Redaktion und Druckerei: Gr. Münst. 3, Fernsp. für Redaktion 1794, für Druckerei 961.

Bräunungsansto zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Bringerlohn) 2.25 Mk., monatlich 80 Pf. Der Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.50 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen Vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 Mk. inkl. Postgeb. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntag- und Illustrierte Nummern 10 Pf., Inserationsgebühr: die 10spaltige Kolonnette 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Restamtzeit 10 Pf. Zeitungspostkarte Seite 442.

Nr. 55.

Magdeburg, Mittwoch den 6. März 1912.

23. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 12 Seiten.

Der Niesentampf der Bergleute.

Der Staat und die Bergarbeiter.

Die schwarze Frage, die jetzt die ganze Welt bewegt, hat am Montag auch in die Berliner Parlamente ihre Schatten geworfen. Die Verhandlungen des Reichstags wie die des preussischen Dreiklassenhauses standen im Zeichen der Bergarbeiterbewegung. In beiden Häusern waren es, wie selbstverständlich, die Redner der Sozialdemokratie, hier Sachse, dort Reinert, die für die Rechte der Bergflaven entschieden eintraten, während alle Neuberger der Regierung- und bürgerlichen Parteienvertreter die schwere soziale Erschütterung, die England jetzt durchzumachen hat, auch dem deutschen Boden mitteilen konnten.

Mit Recht haben die sozialdemokratischen Redner darauf hingewiesen, wie ganz anders die Rolle des englischen Staates im gegenwärtigen Kampf ist, als die des preussisch-deutschen. Gewiß ist auch England ein kapitalistischer Staatenstaat, aber seine ziemlich weit vorgeschrittene demokratische Entwicklung macht es der liberalen Regierung unmöglich, den kapitalistischen Klassenstandpunkt mit der gleichen Härte und Schroffheit zu vertreten, wie das von Seiten der preussisch-deutschen geschieht. Auch die englische Regierung will natürlich den sozialen Frieden, aber sie will ihn nicht erreichen mit den Mitteln der Einschüchterung und Unterdrückung, sondern sie bemüht sich, für die Arbeiter herauszuschlagen, was für sie herauszuschlagen ist.

Dagegen hat sich die Rede des preussischen Handelsministers Sydow im preussischen Dreiklassenhaus wirklich nur sehr wenig von den Ausführungen des kohlentkapitalistischen Essener Nationalliberalen Herrn Girsch unterschieden, nach denen es eigentlich keinen glücklicheren Sterblichen gibt, als einen Söringer des rheinisch-westfälischen Kohlenkapitals. Auch nach seiner Meinung ist, wenigstens in den Staatsbetrieben, alles in vortrefflichster Ordnung, und vergebens sucht man in seiner Rede nach einem Satz, gleich der im Kommissionsbericht vorzüglich gezeichneten Neuerung des Oberberghauptmanns v. Welfen, daß der Fiskus um eine allgemeine Lohnerhöhung nicht herumkommen werde. Dagegen hat der Handelsminister, der einst recht bescheidene Reichschatzsekretär, der sich den scharfmacherischen Manieren der Preußenkammer so gut anzupassen versteht, den beneidenswerten Mut gehabt, zu erklären, wenn es zu einem allgemeinen Bergarbeiterausstand komme, dann trage nicht die Regierung daran schuld, sondern die Sozialdemokratie!

Herr Sydow gehört zu den Leuten, für die die Geschichte dazu da ist, um aus ihr nichts zu lernen. Sonst hätte er sich an die parlamentarischen Vorgänge erinnern müssen, die vor 7 Jahren spielten und an die verhängnisvolle Wirkung, die damals eine der seinen wie ein Ei dem andern gleichende Rede seines Vorgängers Möller geübt hat. Auch Herr Möller hielt es am 15. Januar 1905 für seine Pflicht, die Unternehmer in einer Rede für den beginnenden großen Kampf gegen die Bergarbeiter zu stärken. Den Erfolg dieser Regierungserklärung hat dann ein paar Tage später Genosse Hue im Reichstag geschildert, indem er sagte:

Ich muß im Namen der Bergarbeiter erklären, daß, wenn irgend etwas die Unternehmer in ihrem Starrsinn gekräftigt hat, es die Rede des Bergwerksministers Möller am letzten Montag gewesen ist. Wenn in einem solchen Moment, wo 200 000 Bergarbeiter dastehen: entweder — oder! wenn in einem solchen Moment ein preussischer Minister auftritt und... die Unternehmer noch weiter in Schutz nimmt, dann wäre es ja geradezu ein Wunder, wenn die Unternehmer nicht auch weiter auf einen Schutz der Regierung vertrauten.

Tatsächlich haben es dann ja auch die Unternehmer durch ihre Hartnäckigkeit bis zum Streike getrieben. Und wie damals, so werden sie auch diesmal in der Haltung der Regierung nicht den mindesten Grund sehen, den Forderungen der Arbeiter entgegenzukommen. Sie betrachten den preussischen Staat einfach als ihren Kollegen und Mitschuldigen, sie haben dazu leider auch allen Anlaß. Das Preußen von 1912 ist noch immer daselbe wie das Preußen von 1905.

Noch herrscht in diesem Staate, der zugleich einer der größten Bergwerksunternehmer der Welt ist, das Dreiklassenwahlrecht, die sicherste Bastion aller Ausbeuterinteressen. Hier findet das Ideal der „Kreuzzeitung“, die Vereinigung der herrschenden Großgrundbesitzerklasse des

Ostens mit dem aufsteigenden Industriemagnatentum des Westens seine volle Verwirklichung. Hier ist die Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie, die stärkste Fraktion des Reichstags, noch immer eine winzige, verschwindende Minderheit, die man durch Geschäftsordnungskünste und Hausnechtsparagrafen mundtot zu machen bestrebt ist. Hier fühlt sich jede Freiheit der Unternehmerwillkür als unbeschränkte Beherrscherin der Situation.

Gelingt es, in dieses System Bresche zu legen und das preussische Parlament zu einer wirklichen Volksvertretung zu machen, dann wird sich die Stellung der Bergarbeiter in Preußen und in ganz Deutschland mit einem Schlag ändern. Denn dann wird nicht mehr die durch Gewalt herrschende Junker- und Kapitalistenklasse, sondern das preussische Volk, das selbst in seiner überwältigenden Mehrheit aus Proletariern besteht, der Arbeitgeber der in staatlichen Gruben beschäftigten Bergarbeiter sein. Als Bergwerksunternehmer hat aber der preussische Staat den Privatkapitalisten gegenüber auch eine ganz andre Machtstellung als der englische.

Zum zweitenmal binnen wenigen Jahren können jetzt die Bergarbeiter die Erfahrung machen, was der Besitz politischer Macht in den wirtschaftlichen Kämpfen unsrer Tage bedeutet. Und angesichts dieser Klarheit der Zusammenhänge versteht man es einfach nicht mehr, daß sich Bergarbeiter als Mitläufer des Zentrums und der „christlichen“ Gewerkschaften mißbrauchen lassen können. Im Kampf um den besseren Lohn wie im Kampf um das bessere Recht — und beide sind für die Bergarbeiter gleichbedeutend — sehen sie sich von Christlichen und Zentrum im Stiche gelassen, finden sie sich nur von modernen Gewerkschaften und Sozialdemokratie manhaft vertreten. Mögen auch sie endlich begreifen, daß der Weg zu besseren Lebensbedingungen nur über die Eroberung der politischen Macht führt. Die Arbeiter werden erst frei sein an dem Tag, an dem sie das Recht haben auszurufen: Der Staat sind wir!

Voreiliger Streik in Dortmund.

4000 Bergarbeiter der Zeche Kaiserstuhl und Scharnhorst bei Dortmund haben, wie wir schon meldeten, Montag früh die Arbeit niedergelegt. Der Vorstand des Deutschen Bergarbeiterverbandes warnt in einem sofort an die Bergarbeiter erlassenen Aufruf vor solchen unüberlegten Arbeitseinstellungen und ermahnt zur Einigkeit. Der Aufruf lautet:

Ein unerhörter, bedauerlicher Disziplinbruch ist auf den Zeche Kaiserstuhl und Scharnhorst vorgekommen. Entgegen den Beschlüssen und Aufforderungen der Organisationsleiter haben dort circa 80 Prozent der Belegschaft die Arbeit niedergelegt. Die Belegschaft begründet diese disziplinwidrige Handlung damit, daß ihr Lohnabzüge gemacht worden seien, wo Lohnhöhungen notwendig sind. Sei dem, wie dem wolle, — wenn wir auch die Erbitterung der Arbeiter über das provokatorische Verhalten der Zeche verstehen, so ist es dennoch unter keinen Umständen zu billigen und kann den Erfolg der Lohnbewegung geradezu aufs Spiel setzen, daß die Arbeiter auf eigene Faust die Arbeit niedergelegt haben. Wir fordern daher die Arbeiter aller Zeche auf, dieses böse Beispiel nicht nachzuahmen, sondern ruhig ihre Arbeit zu verrichten, bis die Organisationsleitungen in Gemeinschaft mit den Vertrauensleitungen der Reviere entschieden haben. Nur Einigkeit und eiserne Disziplin kann zum Ziele führen. Disziplinwidrigkeit und Uneinigkeit sind die schlimmste Gefahr für unsere Organisation und unsere gerechte Sache. Darum, Kameraden, folgt den Anordnungen der Organisationsleitungen und sorgt dafür, daß wir in vollster Einigkeit und Geschlossenheit handeln können.

Hoffentlich haben diese energischen und einsichtigen Mahnungen des Verbandsvorstandes Erfolg, damit die große Bewegung nicht durch Einzelstreike verzerrt wird.

Bürgerlicher Zeitungsschwindel.

Die bürgerliche Presse weiß von einer „Geldhilfe der deutschen Sozialdemokraten“ oder einer „Geldhilfe der sozialdemokratischen Gewerkschaften Deutschlands“ für die englischen Bergarbeiter zu melden. Eine halbe Million Mark soll den Engländern als Streikunterstützung überwiesen worden sein. Der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, Genosse Sachse, hat in einer Erklärung schon dem „Berliner Tageblatt“ mitgeteilt, daß daran kein wahres Wort ist. Wir können zum Ueberfluß dem noch hinzufügen, daß auch der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften von dieser Streikgeldbereitschaft nichts bekannt ist. Die englischen Bergarbeiter bedürfen der deutschen finanziellen Hilfe nicht, und wenn sie ihrer bedürfen, könnten sie selber von Deutschland jetzt nicht erwarten. Das muß jeder halbwegs vernünftige Mensch in der jetzigen Zeit einsehen, nur die bürgerlichen Zeitungsschreiber übersehen das offensichtlich, sonst würde ihnen ja das Konzept verdorben, um den blöden Nachweis führen zu können, daß die deutsche Bergarbeiterbewegung nur eine Sympathiebewegung für die Engländer sein soll.

Der Generalstreik der englischen Bergarbeiter.

Die Situation zu Ende der Woche ist durchaus nicht so sehr verschieden von der Situation im Anfang der Woche, wie die bürgerlichen Blätter Großbritanniens glauben machen wollen. Die Bergarbeiter bestehen nach wie vor auf dem individuellen Distriktsminimallohn, d. h. dem Lohne, der heute schon für die Bergarbeiter im allgemeinen gilt, der nur dem einzelnen Bergarbeiter heute nicht garantiert wird. Die Werksbesitzer weigern sich nach wie vor, diesen Minimallohn anzuerkennen. Zwar haben sich die Kohlenbesitzer Englands und Nordwaldes mit den Minimallohnvorstellungen der Regierung einverstanden erklärt, aber der Minimallohn, wie ihn die Regierung in Vorschlag bringt, ist verschieden von dem, der von den Bergarbeitern gefordert wird. Die Stellung der Bergarbeiter ist kurz wie folgt. Sie sagen: Wenn wir auf der Anerkennung des Prinzips des individuellen Minimallohnes bestehen, so meinen wir damit die Anerkennung des Prinzips, daß der sogenannte allgemeine Distriktsminimallohn jedem Bergarbeiter bezahlt wird, ob der Arbeiter die entsprechende Kohlenmenge fördert oder nicht. Eine Liste der Minimallohne wurde zu Anfang des Monats Februar von einer Konferenz der Bergarbeiterföderation aufgestellt, sie ist den Unternehmern und der Regierung unterbreitet worden.

Man erwartet jetzt allgemein, daß die Regierung versuchen wird, den Minimallohn gesetzlich einzuführen. Der gesetzliche Minimallohn müßte natürlich der von den Arbeitern verlangte sein, sonst wäre die Maßnahme nutzlos. Wird die Regierung den Mut und die nötige Unterstützung finden, um dies durchzuführen? Das ist der springende Punkt. Auch die Arbeiterpartei soll sich mit dem Gedanken tragen, eine Minimallohnvorlage für den Bergbau einzubringen, in der die von den Bergarbeitern geforderten Löhne festgelegt werden würden. Herr Asquith erklärte im Parlament, daß es nutzlos sei, die augenblicklichen Verhandlungen fortzuführen. Er hoffe, Montag im Parlament eine weitere Erklärung abgeben zu können.

Die südwestlichen Unternehmer erklären laut und oft, daß sie bis zum Äußersten kämpfen werden, und die Arbeiter sagen, daß sie es nicht eilig haben und auf den Sieg warten können. Vom Anfang der Verhandlungen an war es klar, daß sich die Bergarbeiter nicht auf das Asquithsche Angebot eines „angemessenen Minimallohns“ einlassen würden. Sie verlangten und verlangen für jeden Distrikt einen festen individuellen Minimallohn, der mit dem bestehenden allgemeinen Distriktsminimallohn identisch ist. Am 2. Februar setzte eine Konferenz der Bergarbeiterföderation diese Löhne endgültig fest. Die Forderung ist eine Mindestforderung, die nicht weiter herabgesetzt werden kann, ohne die bestehenden Lohnverhältnisse zu verschlechtern. Einen guten Ueberblick über die Situation gab der Vizepräsident der Bergarbeiterföderation, Genosse Smith. Er sagte: „Folgendes hat sich ereignet: Die Regierung ersuchte die Vertreter der Bergarbeiter, die Lohnsätze zu rechtfertigen, die als Minimallohne aufgestellt worden sind. Wir sind gern bereit, dies zu tun, können aber darüber nicht mit der Aussicht auf eine etwaige Reduzierung dieser Lohnsätze verhandeln. Der Vorstand der Föderation hat in Wirklichkeit nicht die Macht, einer Reduzierung zuzustimmen. Die Regierung drückte die Ansicht aus, daß wir mit den Kohlenbesitzern zusammenkommen sollten, um unsere Lohnsätze zu rechtfertigen. Wir antworteten, daß wir mit den Kohlenbesitzern nicht konferieren können, es sei denn, daß diese zuerst ihre Bereitwilligkeit, diese Lohnsätze anzuerkennen, kundgeben.“

Die Bergarbeiter sind heute sicherer denn je, daß ihr Kampf erfolgreich sein wird, und daß sie die in unserer Liste aufgeführten Lohnsätze erringen werden. Sie sind höchst enthusiastisch und sind der Ansicht, daß ihre Forderungen so bescheiden sind, daß von einem Fehlschlag ihrer Bewegung nicht die Rede sein kann.

Der Premierminister appellierte an uns, als vernünftige Männer zuzustimmen, daß eine angemessene Diskussion über die einzelnen Lohnsätze stattfinden. Wir erwiderten, daß wir vernünftige Männer sind, und daß wir bereit sind, der Regierung die Vernünftigkeit unserer Forderungen zu beweisen. Wir sind der Ansicht, daß ein gewisser Mindestlohn notwendig ist, um den Bergarbeiter und seine Familie anständig zu ernähren, und daß der Bergarbeiter, wenn er Arbeit verrichtet, zu einem dazu notwendigen Einkommen berechtigt ist. Das ist der Prüffstein einer angemessenen Minimallohns.

Wir haben die Ziffern schon nach sorgfältiger Erwägung auf den tiefsten Punkt herabgesetzt und wir sind nicht bereit, Verhandlungen zu eröffnen, um es schließlich einem Beamten der Regierung zu überlassen, zu entscheiden, was ein angemessener Minimallohn ist oder nicht.

Die Vorstandsmitglieder, die nach Hause gereist sind, kehren nicht nach ihren Distrikten zurück, um sich neue Instruktionen zu holen. Die Konferenz hat alle nötigen Instruktionen gegeben und man hat keinen Grund vorgebracht, weshalb diese Instruktionen in irgendeiner Weise modifiziert werden sollten.

Das Publikum mag fragen, wie es kommt, daß der Minimallohn für einige Distrikte viel niedriger ist als für andre. Der Grund ist, daß wegen der Beschaffenheit der Gruben in gewissen Revieren die Bergwerke schließen müßten, wenn ein höherer Minimallohn festgesetzt worden wäre. Natürlich hegen wir nicht den Wunsch, ein solches Resultat herbeizuführen.“

Der Premierminister über die Lage.

Premierminister Asquith ergriff am Montag im Unterhaus das Wort, um die mit Spannung erwartete Erklärung der Regierung über ihre Haltung zu dem Streike der englischen Bergleute zu verlesen. Beide Parteien hätten, so führte der Premierminister aus, ihre Forderungen den Regierungsvertretern dargelegt und gleichzeitig erklärt, daß sie bereit wären, sich in Unterhandlungen einzulassen. Die Grubenarbeiter hätten sich auf einen bestimmten Minimallohn berufen, den sie unter allen Umständen durchsetzen wollten. Die Regierung werde versuchen, für die verschiedenen Bergwerksdistrikte einen bestimmten Mindestlohn festzusetzen. Bisher seien alle Versuche in dieser Richtung an dem Widerstande der Grubenbesitzer von Südwales und Schottland gescheitert. Die Regierung sei der Ansicht, daß die Bergwerksbesitzer für einen bestimmten Minimallohn auch das Recht hätten, eine bestimmte Arbeitsleistung zu verlangen, doch haben sich die Arbeitnehmer geweigert, den geforderten Mindestlohn von der Arbeitsleistung abhängig zu machen, sondern

berlangen die bebingungslose Anerkennung dieser Forderung. Bis-her hätten sich 85 Proz. der Arbeitgeber bereit erklärt, diese Forderung zu bewilligen. Der augenblickliche Stand der Lage lasse immer noch einen Vergleich hoffen. Der von den Arbeitnehmern geforderte Minimallohn schwänge in den verschiedenen Bezirken zwischen 4 Schilling 11 Pence und 7 Schilling 6 Pence. Die Arbeitgeber haben zahlreiche Gründe angeführt, die sie zwingen, den Minimallohn in der geforderten Höhe abzulehnen. Einige haben erklärt, daß sie dann gezwungen wären, ihren ganzen Betrieb einzustellen. Die Regierung sei jedoch der Hoffnung, daß es ihr gelingen werde, einen Ausweg zu finden, der beide Parteien zufriedenstellen werde. Die Rede des Premierministers wurde von dem Hause mit großem Beifall aufgenommen.

Sympathieausstände.

In ihrer großen Versammlung von Eisenbahnange-stellten in Sheffield wurde beschlossen, den Bergarbeiterverband davon zu unterrichten, daß die Bahnangestellten die Bergarbeiter unterstützen wollen, im Notfall sogar durch Streik. Ein Bericht nach dem andern wird in dem Vereinigten Königreich geschloffen. Die Mannschaften der Kohlenflöße in den Kohlen-bergen werden entlassen, da die Schiffe keine Ladung erhalten können. Die Bahnangestellten werden in ähnlicher Weise in Mil-leidenhaft gezogen, weil der Verkehr auf den Bahnen eingeschränkt ist; eine kleine Linie in Yorkshire hat den Dienst gänzlich ein-gestellt. In einigen Fällen weigerten sich Bergarbeiter, zu ge-hten, daß Leute in die Bergwerke einfahren, um die Gruben-pomps zu füttern und die Werke vor dem Einstürzen zu schützen. —

Die französischen Kameraden.

Aus Paris wird gemeldet: Die französischen Berg-leute beginnen ebenfalls, sich an der Bewegung zu beteiligen. Die Kameraden des Loire-Kohlengebietes haben als Sympathie-kundgebung für die englischen und deutschen Bergleute für den 11. März einen 24stündigen Generalstreik beschlossen. Die Bergleute von Pas-de-Calais und des Nordens werden einer Mitteilung der „Humanité“ zufolge wahrscheinlich den Sympathie-streik beschließen, dabei aber die Forderung stellen, daß die Abren-derung für Bergleute auf 730 Franc erhöht wird. Sündende Be-schlüsse werden erst am 4. März in der vom Exekutivauschuß des Bergarbeiterverbandes nach Paris einberufenen Sitzung gefaßt wer-den. — Die kann man erst abwarten. —

Die Wohnungsfrage.

Der Reichskanzler ist so freundlich gewesen, unlängst in der Erwiderung auf die Staatsrede des Genossen Dr. Frank anzuerkennen, daß die Wohnungsfrage die Beachtung der Regierung dauernd erheische und verdiene. Viel war das gerade nicht. Aber dem Staatssekretär Dr. Delbrück muß es doch wohl immer noch zu weitgehend erschienen sein, denn er sprach sich in seiner Rede über die Sozialpolitik des Reiches geradezu gegen den Versuch der Schaffung eines Reichswohnungs-gesetzes aus und wollte diese Materie der Regelung durch die Gesetzgebung der Einzel-staaten überlassen wissen. In den Einzelstaaten hinwiederum wartet man — wie etwa bei der Frage der Arbeitslosen-versicherung — auf das Vorgehen des Reiches, so daß schließlich die Zeit mit der Komplimentiererei verstreicht, ohne daß überhaupt etwas geschieht.

Wie wir hören, will man nun im Parlament dadurch noch einen Versuch machen, die Reichsregierung in der Wohnungsfrage vorwärts zu treiben, daß man alle zu diesem Gegenstand gestellten Anträge einer besonderen Kommission zur Beratung überweist. Dort könnte zum wenigsten ein Mantelgesetz, das die Einzelstaaten zum Erlaß eigener Wohnungs-gesetze verpflichtet, unshwer ent-worfen und dann im Plenum des Reichstags durchgedrückt werden. Den tatsächlichen Erfolg eines solchen Beschlusses, dem überdies der Bundesrat vermutlich seine Zustimmung, wenn überhaupt, so erst nach langem Zögern geben würde, darf man allerdings nicht überschätzen.

Die Hoffnung auf eine gründliche Besserung ebenso ge-fährlicher wie schwer erträglicher Zustände kann daher zurzeit nur auf den Gemeinden und Gemeinde-verbänden beruhen. Manches ist in den letzten Jahren bei den Gemeinden besser geworden. Hier und da bringen in den Kommunalverwaltungsdiensten schon Baubeamte ein, die ihre Ausbildung in der neuern Periode des Städtebaues genossen haben. Diese Männer wissen, daß es nicht genügt, Reißzähne, Zirkel und ein Blatt Papier zur Hand zu nehmen, um einen brauchbaren Bebauungsplan für eine menschliche Siedelung aufzustellen. Sie wissen auch, daß man eine Baupolizeiordnung nicht am sichersten und besten von einem bereits an 15 andern Orten genehmigten Muster abschreiben darf.

Aber Stadtbauräte dieser Art sind noch sehr in der Minderheit. Mit Entsetzen sieht man, wie dieselben Fehler des Bauwesens und der Städteplanung immer und immer wiederholt werden, wie die Reizelektren, ein freistehendes Uebel, auch auf dem flachen Lande geradezu aus dem Boden schießen. So einfache Gedanken wie die, daß man bei der Aufstellung von Bebauungsplänen einen Unterschied zwischen Verkehrs- und Wohnstraßen zu machen habe, daß man die Strazengänge der natürlichen Gefaltung des Geländes anzupassen solle, daß man nicht unnötig lärmende gewerbliche Anlagen mitten in stille Wohn-quartiere setzen, ganze Ortsteile durch qualmende Säure-steinen und stinkende Abflugsgräben ungesund machen soll — alle solche Gedanken sind einem großen Teil unserer staat-lichen und städtischen Baubureausratte auch heute noch köhnmliche Dörfer. Noch immer finden wir Baupolizei-ordnungen, worin beinahe die gleichen Anforderungen an die Standfestigkeit und Feuerfestigkeit auf kleine Einzel-familienhäuser wie auf gewaltige fünfstöckige Mietkajernen erfaßt werden, eine Maßregel, die selbstverständlich den Bau kleiner Häuser ganz unloschend macht. Bevor wir nicht eine gründliche Auslüftung der Baubureausratte er-reicht haben, wird es mit der Wohnungsfrage in Deutsch-land überhaupt nicht vorangehen.

Die Bureausratte ist allerdings doch nicht die eigent-liche Mutter der Hindernisse. Die finden wir vielmehr in der Bevorratung des Haus- und Grund-besitzes in beinahe allen deutschen Gemeindeverreun-

gen. Mit größter Fähigkeit halten die Reaktionen an diesen Bestimmungen fest, obgleich niemand, auch sie selbst nicht, leugnen kann, daß sie für ganz andre Verhältnisse und unter andern Voraussetzungen geschaffen wurden. Die an sich höchst bedenkliche Uebermacht der staat-lichen Verwaltung bei der Festsetzung der Bebauungspläne und bei Erlaß der Baupolizeiordnungen hat sich wenigstens in Einzelfällen als ein segensreiches Gegen-gewicht gegen die Exzesse der Hausbesitzer-mehrheiten in den Städten erwiesen. Damit wollen wir freilich dieser Ueber-macht nicht das Wort reden: es ist ein unhaltbarer Zustand, daß wie z. B. der Oberbürgermeister Kirchner in der dies-jährigen Staatsdebatte der Stadtverordneten-Versammlung zu Berlin sagte, ein einziger Regierungsbeamter, gegen dessen Entschluß es praktisch keine Einwendungen gibt, den Wert eines städtischen Geländes durch Veränderung einer Baupolizeivorrichtung mit einem Federstrich um 6 Millionen Mark herabsenken kann. Die beispiellose Gefahr spekulativer Verführung, die sich aus solchen Verwaltungseinrichtungen ergeben muß, sollte allein schon genügen, um einer wirk-lichen Selbstverwaltung, nicht bloß einer als Selbstverwal-tung maskierten Klassenherrschaft der Kapi-talisten und Spekulanten die Wege zu ebnen.

Weit davon entfernt ist man freilich in Preußen. Das zeigt sich an den neuen Gesetzen über die Zweck-verbände, namentlich an dem Gesetz über den Zweck-verband für Groß-Berlin. Hier, wo es sich um die Schaffung von neuen kommunalen Gebilden handelte, hätte sich Gelegenheit geboten, dem Gedanken der Selbst-verwaltung eine Gasse zu bahnen. Aber wie ist es in Wirklichkeit gekommen? Bei der Beurteilung der Zweck-verbands-gesetze muß man von vornherein beachten, daß sie gemacht wurden, nicht um die Selbstverwaltung zu fördern, sondern um sie zu hindern. In Groß-Berlin war die Ein-gemeindung großer Vorortgemeinden ebensowenig auf-zuhalten, wie etwa im Rheinland und Westfalen die Zu-jammenfügung der mächtig aufblühenden industriellen Siedelungen oder die Verleihung von Stadtrechten an einzelne über den Rahmen von Landgemeinden längst hinausgewachsene Kommunen. Das aber wollte, gleicher-maßen aus Rücksicht auf die Agrarier — denen durch das Ausschneiden großer Gemeinden aus den Kreisverbänden eine Möglichkeit geraubt würde, andre Leute für ihre eignen Bedürfnisse bezahlen zu lassen — wie aus Feindschaft gegen starke Selbstverwaltungskörperschaften die Regierung verhindern. Sie erforderte daher den Ausweg der Zweck-verbände, von denen der Groß-Berliner die größte Auf-merksamkeit erregt.

Mit siebenfacher Sicherheit sucht das Gesetz für diesen Zweckverband zu verhindern, daß die Vertretung der Ge-meindevielfalt moderner und sozialer würde, als die der Gemeindeeinheiten. Sehen die Stadtverordneten-Versammlungen in Preußen beinahe den Haus- und Grund-besitzervereinigungen gleich, so finden wir in der Verbands-berammlung des Zweckverbandes Groß-Berlin nichts als ein Abbild der Stadtverordneten-Versammlungen und der Gemeindevertretungen, verändert nur durch den agrarischen Einfluß einiger Landräte und Amtsvorsteher. Es genügt wohl, daß wir feststellen: in der Verbandsver-sammlung machen die Vertreter der Sozialdemokratie genau 10 Prozent der Gesamtzahl aus, während mindestens 80 Prozent der Bevölkerung von Groß-Berlin politisch zur Sozialdemokratie zu rechnen sind! Die erste Tat der Ver-tretung des Verbandes, der am 1. April d. J. seine Wirk-samkeit beginnen soll, nämlich die Wahl eines Zweck-verbands-Direktors, hat genau gezeigt, daß die Boden-spekulanten, die Großen und die agrarischen Vertreter sowie der preussische Staats-fiskus zusammengenommen das Szepter in der Hand haben: Herr Steiniger, der Kandidat dieser Gruppen, trug den Sieg über alle andern Bewerber davon, obgleich seine Aussichten, nach der Stimmung der Berliner, Charlotten-burger und Schöneberger Stadtverordneten-Versammlungen zunächst ganz gering erschienen. Ob Herr Steiniger, der ein politisch konservativ gerichteter und sozial-politisch sicherlich nicht sehr avancierter Mann ist, den Er-wartungen der Spekulantengruppen entsprechen wird, oder ob er sein Amt von einem höheren Gesichtspunkt aus an-paßt, das muß die Zukunft lehren.

Seine Wahl ist aber ein Umstand mehr, der die Be-völkerung von Groß-Berlin treiben muß, das, was ihr an direktem Einfluß auf den Zweckverband fehlt, an indirekten zu erringen zu suchen. Die öffentliche Meinung muß ge-weckt und so stark gemacht werden, daß selbst eine rück-sichtige Mehrheit der Verbandsversammlung mit einem gleichgearteten Verbandsdirektor ihr nicht zu widerstehen vermögen. Darauf zielt eine Bewegung ab, an deren Leitung sich neben dem früheren Staatssekretär Dorn-burg, dem bekannnten Architekten Geheimrat Muthesius, dem Schöneberger Oberbürgermeister Dominicus auch unser Parteigenosse Dr. Südekum beteiligt hat. Sie ruft die Bevölkerung von Groß-Berlin zur tatkräftigen Unterstützung der Idee auf, weiträumige Bebauungspläne für gesunde Kleinwohnungen zu schaffen, den Ausbau des Schnellbahnnetzes mit billigen Tarifen zu fördern und leicht erreichbare Park- und Spiel-plätze in einem Wald- und Wiesengürtel rings um Berlin herum zu ermöglichen.

Das alles sind Aufgaben des Zweckverbandes Groß-Berlin. Er hat die Schaffung der Baufluchtlinien zu über-wachen, unter Umständen sogar die Bebauungspläne für das noch unbebaute Land anzuarbeiten, jedenfalls aber die Bebauungspläne der verschiedenen in ihm vereinigten Ort-schaften aufeinander abzustimmen und das wüste regellose, verhängnisvolle Treiben der Privatpekulation zu dämpfen; der Zweckverband soll Plätze für das Spiel der Kinder wie der Erwachsenen frei halten, darf zu diesem Zwecke Land kaufen oder aus der Bebauung anscheiden oder in sonstiger Weise sicherstellen. Die Schaffung des Wald- und Wiesengürtels, namentlich die Erhaltung der Wälder der Um-

gebung von Groß-Berlin und die Freihaltung der Seenuffen von der Bebauung ist eine Hauptaufgabe des Zweck-verbandes; manche meinen sogar, der preussische Staat habe diesen Zweckverband nur gegründet, um einen leistungs-fähigen Abnehmer für seine fiskalischen, an sich beinahe wertlosen Wälder in der Umgebung von Berlin zu finden. Man spricht davon, daß der Staat 180 Millionen Mark aus den Gemeinden Groß-Berlins herauszupressen ver-suche, nur um nicht das Verbrechen an kommenden Genera-tionen zu begehen, auch noch die letzten Reste zusammen-hängenden Waldbestandes um die Millionenstadt herum zu „erschließen“.

Vielleicht noch wichtiger als die Erhaltung des Grune-waldes ist die Schaffung eines weit in das Land hinaus-gehenden Schnellbahnnetzes, an dem es in Berlin voll-ständig mangelt. Die unerhörte Privilegierung der Großen Berliner Straßenbahn, einer rücksichtslos ihr Monopol aus-nutenden Erwerbsgesellschaft, hat die Verkehrsentwicklung der größten deutschen Stadt auf Jahrzehnte hinaus ent-weder ganz lahmgelegt oder auf das höchste erschwert. Wenn hier gerettet werden soll, was überhaupt noch zu retten ist, dann muß mit Einsetzung aller Kräfte gearbeitet werden. In Berlin und überall. Jede politische Partei, die nicht ausschließlich die Sonderinteressen des Boden-spekulantentums vertreten will, jede Gewerkschaft, jede Ge-nossenschaft muß es als eine ihrer Aufgaben erkennen, dem empörenden Wohnungselend unfers Volkes ein Ende be-reiten zu helfen. Wir dürfen nicht sehenden Auges zu-geben, daß der Bodenspekulation und dem Wohnungswucher unerzehlliche Güter dauernd geopfert werden. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 5. März 1912.

Bundesrat und Kartoffelzoll.

Gegen die „Deutsche Tageszeitung“ wendet sich die „Nordd. Allgem. Ztg.“, um den Nachweis zu führen, daß der Bundesrat durch seinen Beschluß, für verspätete Kar-toffelendungen alter Ernte keinen Saisonzoll zu erheben, keineswegs, wie das Agrarierblatt behauptet, seine Kom-petenzen überschritten habe. Da der Bundesrat in diesem Falle zweifellos nur nach den Wünschen der überwiegenden Volksmehrheit gehandelt hat, und ebenso auch im Reichs-tag bequem eine Mehrheit zur Bestätigung seiner Maß-nahme finden könnte, tritt die formalrechtliche Frage der Kompetenz für uns in den Hintergrund. Will die Rechte im Reichstag eine Abstimmung herbeiführen, so ist dagegen natürlich nicht das mindeste einzuwenden. Vielleicht gibt ihr die von ihr so lebhaft bekämpfte Aenderung der Ge-schäftsordnung bald die Gelegenheit dazu.

Das interessanteste an der Sache ist, daß die Herren der Rechten jetzt auf einmal, da ihnen eine Verfügung des Bundesrats wider den Strich geht, auf die Wahrung der Reichstagsrechte so ängstlich bedacht sind. Würde der Bundesrat das Reichstagswahlrecht für aufgehoben er-klären, den Belagerungszustand verhängen oder einen Krieg anfangen, so würden sie der bölligen Rahmlegung des parla-mentarischen Einflusses begeistert zustimmen. Aber wenn es um 1 Mark Kartoffelzoll geht, rufen sie nach den Rechten des Reichstags! —

Auflösung des rudoftstädtischen Landtags.

Der bekanntlich in seiner Mehrheit aus Sozialdemokraten bestehende Landtag des Fürstentums Schwarzburg-Rudolstadt lehnte am Montag, wie bereits vorausgesagt, den Regierungsantrag betreffend Abänderung des Wahlgesezes ab. Hierauf löste der Staatsminister den Landtag auf.

Das knapp 100 000 Einwohner zählende Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt hatte sich einen Landtag gewählt, der unter 16 Abgeordneten neun Sozialdemokraten zählte. Schwarzburg-Rudolstadt war der erste deutsche Bundes-staat, der somit eine sozialdemokratische Landtags-mehrheit hatte. Im Fürstentum regte man sich darüber zunächst weiter nicht auf, und das führende liberale Blatt in Rudolstadt erklärte damals, es sei nicht einzusehen, warum nicht eine sozialdemokratische Mehrheit die parlamentarischen Geschäfte des Landes ebenso gut führen solle wie eine bürgerliche.

Am 23. Februar trat der Landtag zusammen, und die erste Tat, die er vollbrachte, war, daß sich seine Mehrheit ein rein sozialdemokratisches Präsidium wählte. Staatsminister v. d. Rede begann sogleich mit der Empfehlung einer Regierungsvorlage, die eine schon im alten Landtag einmal abgelehnte Steuerreform in Verknüpfung mit einer Wahlsrechtsänderung umfaßte. Schließlich aber gab die Regierung ihrem Wahlsrechtsentwurf eine mildere Form. Die Regierung wollte aus der Wählerklasse der Höchstbesteuerten, die ihre eignen Abgeordneten wähl, einen Teil der Wähler in die Kategorie der allgemeinen Wähler hinüberführen, um hier das sozialistische Element zu be-kämpfen. Von den insgesamt 763 höchstbesteuerten Wählern wollte sie schließlich nur noch 263 in die allgemeine Wählerklasse ab-schieben. Selbstredend akzeptierten die Sozialdemokraten die Wahlsrechtsverschlechterung auch in dieser abgeschwächten Form nicht. So war denn der Konflikt gegeben, da die Regierung ein weiteres Entgegenkommen ablehnte. So müssen denn jetzt die Wähler aufs neue entscheiden, ob sie die Wahlsrechtsverschlechterung in Kauf nehmen wollen oder nicht. —

Die Frau gehört ins Haus!

Der jetzt abgeschlossene Kongreß der Bürgerlichen Frauen, auf dem die reaktionärsten und geistig zurüdgebliebensten Elemente das Uebergewicht besaßen, hat der „Kreuzzeitung“ im großen ganzen gefallen. Nur be-dauert sie, daß in den eigentlichen politischen Debatten, die sich um die Mitarbeit der Frauen bei den Reichstagswahlen und um das Frauenstimmrecht drehten, die „radikalen“ Rednerinnen die rechtsstehenden zu sehr in den Hintergrund drängten. „Hatten denn“, so wird gefragt, „die konser-vativen Frauen so ganz und gar nichts dagegen vorzu-

1. Beilage zur Volksstimme.

Mr. 55.

Magdeburg, Mittwoch den 6. März 1912.

23. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 5. März 1912.

Vor der Bauzeit.

Soweit ein Ueberblick über die staatlichen und privaten Bau-Projekte für das Jahr 1912 möglich ist, kann im allgemeinen mit einer ziemlich lebhaften Bautätigkeit gerechnet werden. Die Industrie hat für Neugründung und Erweiterung von Betrieben dem Geldmarkt auffallend hohe Summen entnommen, die zu einem ganz erheblichen Teile für Neubauten ausgegeben werden dürften. Im Etat des Reiches und der Einzelstaaten sind wieder größere Beträge für Errichtung öffentlicher Gebäude ausgeworfen. Auch die Kommunen haben umfangreiche Neubauten ausgeschrieben.

Trotzdem dürfte das Baugeschäft in der kommenden Saison keinen allzu leichten Stand haben. In den ländlichen Bezirken muß mit einer ganz wesentlichen Einschränkung der Bautätigkeit gerechnet werden, da die Landwirtschaft zunächst daran denken wird, die Viehbestände wieder zu ergänzen, ehe sie an bauliche Erweiterungen herangeht. Der günstige Verlauf der vorjährigen Winterzeit hat zwar in Kurorten und Sommerfrischen eine Zunahme der Unternehmungslust und in Verbindung damit auch eine erhebliche Vergrößerung der Hotels usw. zur Folge gehabt, doch sind diese Bauten zum weitaus größten Teile schon im vergangenen Herbst und während des zeitweilig recht milden Winters ausgeführt worden.

Der Verlauf der Bautätigkeit in der kommenden Saison wird stark von der Lage des Geldmarktes abhängen. Die Mahnung des Reichsbankpräsidenten an die Großbanken, die der Industrie und dem Handel gewährten Kredite einzuschränken, wird die großen Geldinstitute zu einer gewissen Zurückhaltung veranlassen. Wenn man die jüngsten Vorgänge bei den größeren Baugesellschaften berücksichtigt, kann man im Interesse des soliden Baugeschäftes eine solche Vorsicht nur willkommen heißen. Gerade jene großen Gesellschaften, die in letzter Zeit den Leitern der Großbanken ernste Sorge machten, haben durch ihr rücksichtsloses Vorgehen bei den Submissionen usw. dazu beigetragen, das Baugeschäft zu gefährden.

Das muß besonders betont werden in einer Zeit, die sich in der Bekämpfung des Bauzwangs nicht genug tun kann. Die Einführung des zweiten Teiles des Gesetzes betr. die Sicherung der Bauforderungen wurde bisher gerade von den größeren Baugesellschaften am lautesten gefordert, weil dadurch das Baugeschäft dem Großkapital voraussichtlich vollkommen ausgeliefert wird. Es ist an der Zeit, auf die zunehmenden Neugründungen von Baugesellschaften hinzuweisen, die ihr geringes Stammkapital von den großen Gesellschaften beziehen und nur den Zweck haben, das Risiko für ein Bauprojekt nach Möglichkeit einzuschränken.

Daß die Erlangung von Hypotheken gegenwärtig mit unendlichen Schwierigkeiten verknüpft ist, geht zum Teil auf die eben erwähnte Geschäftsgebarung zurück. Das Vertrauen des Publikums zur Sicherheit der Hypotheken wird durch die zunehmenden Zwangsversteigerungen und Involvenzen von Terrain- und Bauunternehmungen nicht gerade gestärkt. Daß die Lage des Hypothekensmarktes sich in absehbarer Zeit bessern wird, ist kaum anzunehmen. Falls der Gesetzentwurf über den Anlagezwang der Sparkassen, der dem Herrenhaus zugegangen ist, zum Gesetz erhoben wird, ist mit einer ganz erheblichen Verminderung des Angebots am Hypothekensmarkt

zu rechnen. In der Begründung zu dem genannten Entwurf wird bereits angedeutet, daß die Regierung ähnliche Maßnahmen auch für die Versicherungsgesellschaften usw. plant, die bisher ihre Kapitalien nicht im gewünschten Maße in Staatspapieren angelegt haben. Gerade Sparkassen und Versicherungsgesellschaften waren bisher die wichtigsten Geldgeber am Hypothekensmarkt. Durch die umfangreichen Emissionen des Reichs und der Einzelstaaten zu Beginn des Jahres 1912 sind dem Hypothekensmarkt bereits große Kapitalien entzogen worden.

Der Kapitalaufwand im Baugeschäft erfährt durch die Erhöhung der Preise für die wichtigsten Baumaterialien eine Steigerung. In den wichtigsten Zweigen der Baustoffindustrie, vor allem in der Zementherstellung und Ziegelei, ist durch den Zusammenschluß der Produzenten eine bemerkenswerte Erhöhung des Preisniveaus erzielt worden. — ac

— Die Ergebnisse der Reichstagswahlen 1912 bringt eine von A. Kolb entworfene mehrfarbige Karte. Ihr ganz besonderer Wert liegt darin, daß die Größe der Wahlkreise nach der Zahl der Wahlberechtigten bemessen ist. Durch diese Methode kommt erst die schreiende Ungerechtigkeit der heutigen Wahlkreiseinteilung mit ihrer Bevorzugung der agrarischen Bezirke zum Ausdruck. Die Karte, die zum Preise von nur 10 Pfg. in der Buchhandlung Volksstimme zu haben ist, kann lebhaft empfohlen werden. —

— Anlage eines Tennisplatzes in der Nordfront. Eine Anzahl Bewohner der Nordfront haben sich vereinigt zu dem Zwecke, für den nördlichen Stadtteil eine Gelegenheit zur Ausübung des Tennisspiels zu schaffen. Sie haben beim Magistrat beantragt, ihnen das zwischen Hohepostle- und Janistraße gelegene, noch unbebaute Gelände des Blocks 39 von rund 8000 Quadratmeter Größe mietweise zu überlassen. Das Gelände ist nach dem Beschluß der städtischen Behörden vom Verkauf ausgeschlossen und für Schulzwecke bestimmt. Es kann daher, meint der Magistrat in einer Vorlage, nur erwünscht sein, daß der jetzige Zustand des Platzes, der schon wiederholt zu Beschwerden der Anwohner Anlaß gegeben hat, durch freundliche und lauter gehaltene Anlagen ersetzt wird. Als Mietzins sollen jährlich 100 Mark erhoben werden. Die Einrichtungskosten zu Lasten der Stadt betragen rund 1400 Mark. Die Stadtverordneten werden erjucht, sich mit den Vorschlägen einverstanden zu erklären. —

— Sonntagssruhe und Kaufmannsgericht Magdeburg. In seiner letzten Sitzung beschäftigte sich der ständige Ausschuss des Kaufmannsgerichts Magdeburg mit dem Antrage der Mitglieder des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, auf Abänderung des Ortsstatuts betr. Sonntagssruhe im Handelsgewerbe Magdeburgs durch geeignete Anträge bei der Stadtbehörde hinzuwirken. In der Frage des Adenichlusses an den Sonntagen stimmte der Ausschuss bedauerlicherweise nicht dem völligen Adenichlusses an Sonntagen, sondern dem Antrag auf Einführung des 1-Uhr-Geschäftsstillstandes zu. Hinsichtlich der Sonntagssruhe in den Kontoren gelangte ein Vermittlungsantrag, nach dem künftighin die sonntägliche Kontorarbeitszeit auf nur 1 Stunde, und zwar von 11 bis 12 Uhr beschränkt werden soll, zur Annahme. —

— Gewährung eines Stadtpreises von 500 Mark. Der Magdeburger Schwimmklub von 1896 hier hat den Magistrat in einem Schreiben gebeten, zu dem am 20. und 21. April d. J. in Magdeburg stattfindenden großen internationalen Wettschwimmern einen Stadtpreis zu gewähren. Der Magistrat ist gewillt, durch Stiftung eines Preises in Höhe von 500 Mark die Zwecke und Ziele des Vereins zu unterstützen. Die Stadtverordneten werden erjucht, diesem Beschlusse beizutreten. —

— Wissenschaftliche Ballonaufstiege. Am Donnerstag, 7. März, finden in den Morgenstunden internationale wissenschaftliche Ballonaufstiege statt. Es steigen Drachen, bemannte oder unbemannte Ballons in den meisten Hauptstädten Europas auf. Der Fänger eines jeden unbemannten Ballons erhält eine Belohnung, wenn er der jedem Ballon beigegebenen Instruktion gemäß den Ballon und die Instrumente sorgfältig birgt und an die angegebene Adresse sofort telegraphisch Nachricht sendet. —

Provinz und Umgegend.

Landgemeindevahlen.

Bei den Landgemeindevahlen versuchen in „gefährdeten“ Orten die Gegner der Sozialdemokratie oft mit den absonderlichsten und nicht immer einwandfreien Mitteln, Erfolge der gebähten Partei zu verhindern. Ein solches Mittel ist z. B. die Forderung, daß die Wähler sich „durch den Steuerzettel“ legitimieren sollen. Der Fall ist durch das preussische Oberverwaltungsgericht bereits entschieden worden, und wir teilen ihn hier mit, um diesmal ähnliche Praktiken von vornherein unmöglich zu machen:

Bei den Gemeindevorteilwahlen in Kossberg (Kreis Beuthen, Oberschlesien), die am 10. März 1910 in der dritten Abteilung stattgefunden haben, wurden die Kandidaten der „Grubenspartei“, der Bergverwalter Schläube und der Oberhauer Pisch gewählt. Sie erhielten jeder 247 Stimmen, während ihre Gegenkandidaten 213 und 208 Stimmen erhielten. Diese Wahlen wurden angefochten. Das Oberverwaltungsgericht als letzte Instanz erklärte die Wahlen mit folgender Begründung für unzulässig: Es frage sich, ob erhebliche Unregelmäßigkeiten bei der Wahl vorgekommen seien, die das Resultat hätten beeinflussen können. Das sei anzunehmen. Es seien nämlich eine ganze Anzahl Leute zurückgewiesen worden, die ihren Steuerzettel nicht als Legitimation vorweisen konnten. Nun sei aber als unzulässig zu erachten, daß der Steuerzettel als alleinige Legitimation gefordert werde. Andre ausreichende Legitimationen müßten ebenfalls zugelassen werden. Ferner habe man Leute zurückgewiesen, deren Namen man nicht alsbald in der Liste fand, auch wenn sie den Steuerzettel hatten. Bei dem Stimmenerhältnis, und da die Zahl der Zurückgewiesenen nicht feststehe, sei mit der Möglichkeit einer Beeinflussung des Wahlergebnisses zu rechnen. —

Diebstahl, 5. März. (Gemeindevorteilwahl.) Morgen Mittwoch den 6. d. M. findet im „Schwarzen Adler“ die Erprobung der Gemeindevorteilwahl statt. Die Wahlhandlung für die 3. Klasse beginnt um 4 Uhr nachmittags. Unser Kandidat ist der Tischler Karl Meiseberg. Die zweite Klasse wählt nachmittags 5½ Uhr. Unser Kandidat ist der Landwirt Robert Lippelt. Die hiesige Wählererschaft muß auch bei dieser Wahl zeigen, daß sie auf dem Posten und immer bestrebt ist, ihre Interessen zu vertreten. Urbeiter, erscheint alle rechtzeitig zur Wahl und gebt eure Stimme in der 3. Klasse dem Tischler Karl Meiseberg, in der 2. Klasse dem Landwirt Robert Lippelt! —

Olsenstedt, 5. März. (In einer öffentlichen Versammlung) sprach Herr Dr. Kramer über „Friedrich den Großen und die Religion“. Seine Ausführungen fanden großen Beifall. Ein hiesiger Gemeindevorteil machte Mitteilung über die von der Gemeinde Olsenstedt erbaute Leichenhalle. Es steht dem freireligiösen Prediger, weil es kirchlicher Boden ist, auf Grund des von unsern Genossen in der Gemeindevorteilung bekämpften, aber angenommenen Antrags kein Recht zu, dort zu sprechen. Das Geld zum Bau der Leichenhalle haben aber auch Einwohner mit aufbringen müssen, die der Kirche nicht mehr angehören. —

Bornitz, 5. März. (Sieg.) Bei der Gemeindevorteilwahl am Montag hat unter Genosse B. Reinhold 28 Stimmen, der Gegner 5 Stimmen erhalten. Das Resultat konnte für unsere Partei noch glänzender ausfallen, wenn die Genossen etwas mehr Disziplin bei solchen Anlässen zeigten. —

Felgeleben, 5. März. (Gemeindevorteilwahl.) Im Voranschlag für das Jahr 1912 sind in Einnahme und Ausgabe 24 579,69 Mark verzeichnet. Genosse Bastian beantragt, den Titel „Insgemein“ zu fügen und dafür die andere Einnahme etwas zu erhöhen, damit das Bewilligungsrecht der Gemeindevorteilung nicht gekürzt werde. Aus dem Titel Insgemein kann der Gemeindevorstand, ohne die Vertreter vorher zu fragen, Ausgaben machen. Der Antrag wurde abgelehnt. Zum Bau der Kaufhaus-Felgeleben-Schule muß von den angrenzenden Adressierten Terrain genommen werden, wurde in einem Schreiben mitgeteilt. Trotzdem aus dem Schreiben nicht ersichtlich war, wer das Land bezahlen soll und unsere Genossen sich deshalb dagegen wandten, wurde der Plan genehmigt. In der vorigen Sitzung war beschlossen worden, den beiden Gebäuden je

Konzert.

Magdeburg, 4. März.

Ein Zither- und Streichmelodion-Konzert veranstalteten die Zithervirtuosin Maria und Franz Grünwald im Prunksaal von Café Hohenzollern. Die Zither spielt im Konzertleben keine allzu große Rolle. Sie hat ihre Zuhörer gefunden in kleineren Vereinen und in Familien, wo ihr rautes, jedoch nicht jedem Ohr angenehmer Ton seinen Klangreiz entfaltet. Als Solo- und auch Begleitinstrument für Gesang füllt sie die Musikinteressen dieser Kreise aus. Sie ist nicht schwer erlernbar, und doch kommen Dilettanten selten über ein gewisses Stadium der Fertigkeit hinaus. Der künstlerische Ruhm, auf der Zither als Virtuoso zu gelten, ist nur wenigen beschieden, und von diesen wenigen ist einer der heutigen Konzertgeber und seine Assistentin auf der Zither. Richard Grünwald spielt außerdem das Streichmelodion, ein Instrument, das ähnlich der Geige gebaut ist, aber nicht mit dem Kinn gehalten wird, sondern auf dem Tisch liegt, gegen den Spieler gerichtet, der den Bogen unter dem Arme durchführt. Das Griffbrett ist gewölbt und wie z. B. das von der Gitarre mit kleinen metallenen Griffleisten versehen. Ich hörte vom Konzert nur die erste Hälfte, da mich die Berufspflichten nach anderwärts hinführten. Das Griffbrett ist gewölbt und wie z. B. das von der Gitarre mit kleinen metallenen Griffleisten versehen. Ich hörte vom Konzert nur die erste Hälfte, da mich die Berufspflichten nach anderwärts hinführten. Die Sonate von Ruych für Zither jetzt eine große Fertigkeit voraus, da der Salonstil mit seinem melodischen Auswurf mit großem Raffinement vorgetragen werden muß. Das Konzert in G-Moll von Bruch für Streichmelodion zeigte dies Instrument als ein vollwertiges Konzertinstrument, das in der Kammermusik eine nicht untergeordnete Rolle spielen dürfte, wenn sich seine Literatur, die noch eine sehr beschränkte ist, erst vergrößert haben wird. Der Spieler erwies sich auch als ein perfekter Künstler, der im Verein mit dem Pianisten Edm. Kugel, welcher die Klavierbegleitung spielte, dem Bruchischen Konzert viel Verständnis entgegenbrachte. Ein Konzert für zwei Zithern von Hausman ließ auch Franz Grünwald als Zithervirtuosin in Erscheinung treten. Die junge Künstlerin zeigte eine sehr schätzenswerte Technik. — Groic.

Schubert-Abend.

Magdeburg, 4. März.

Das Gruß-Seifert-Streichquartett gab in der „Freundschaft“ einen Schubert-Abend. Mitwirkende waren Lucie Brandt (Gesang), Hermann Gruß (Klavierbegleitung) und Ernst Bölle (Kontrabaß). Das Quartett, die Herren Seifert, Werner, Wegand und Lindede, spielte im Eingang des Konzertabends das von mir schon kürzlich kritisierte Quartett in D-Moll: Der Tod und das Mädchen. Wie ich mir sagen ließ — ich war bei dieser Nummer noch nicht da — erntete die Künstler verdienten Beifall. Die Wieder von Lucie Brandt fanden eifrige Zustimmung im Auditorium. Die letzte Hälfte derselben konnte ich mit anhören. Schubert verlangt kein übermäßig hohes, wohl aber inniges Gefühl und technisches Können. Im großen ganzen dürfte beides bei der Künstlerin auch anzutreffen sein.

Bestehend wirkt der angenehme Klangreiz der Stimme in der hohen Lage. Das Duett in A-Dur, Opus 114, war eine prächtige Leistung. Gute Technik verband sich hier mit dem richtigen Verständnis für die Phrasierung. Dazu kam, daß jeder der fünf Künstler — zu dem Streichquartett gesellte sich noch Herr Bölle — sein Instrument technisch einwandfrei spielte. Der künstlerische Erfolg dieser Nummer war zweifellos beachtenswert. — Groic.

Kleines Feuilleton.

Die „letzte Grissette des Theaters“. Im neuesten Heft der „Revue Bleue“ veröffentlicht Claretie, der Direktor des Pariser französischen Theaters, interessante Erinnerungen an Virginia Dejazet, die genialste Soubrette in der Zeit des zweiten Kaiserreichs, die noch als hohe Sechzigjährige das Publikum durch ihren Humor und Witz erheiterte. Mit ihr ist, wie er sagt (1873), nicht bloß eine große Künstlerin, sondern eine ganze Klasse gestorben: sie war die letzte „Grissette des Theaters“. Als ihr der jüngere Dumas die Marguerite Gautier in seiner „Nameliedendame“ zu spielen antrug, lebte sie die Rolle mit dem sie am besten kennzeichnenden Worten ab: „Diese Frau mißfällt mir, weil sie sich verkauft. Schreiben Sie mir die Rolle eines Weibes, das sich verheiratet.“ Sie verheiratete ihr Leben, aber sie konnte lieben. Hinter dem schlüpfrigen Refrain, den sie sang, verbarg sich häufig Wehmut. Tapfer hatte sie zu ihrer Verheiratung den Satz gemacht: „Gut handeln und die Leute reden lassen.“ In Lille hatte sich ein armer Orchestermeister aus Liebe zu ihr das Leben genommen. Als sie es erfür, wurde sie ganz bleich und sagte wehmütig lächelnd: „Armer Kerl! Warum hat er denn nichts gesagt?“ Und so oft sie nach Lille kam, legte sie einen Blumenstrauß auf sein Grab. Aber sie war sehr viel besser als ihr Ruf. Nicht der hundertste Teil von dem, was man ihr angedichtet hat, ist wahr. Sie war eine gute Frau und vor allem eine gute Mutter. Als sie (1868) von der Leitung des nach ihr benannten „Theater Dejazet“ zurücktrat, um ihren Sohn darin halten zu lassen, hatte dieser immerfort Fank mit den Zeitungen. Da griff sie wiederholt vermittelnd ein, und die damals schon Siebzigjährige hatte noch immer Charme genug, um durch einen Besuch selbst die stacheligsten Gegner milde zu stimmen. Ihr persönlich stand aber jedes Neffendebedürfnis ganz fern. Als sich ihr ein Schriftsteller dazu erbot, ihr als Sekretär bei der Abfassung von Memoiren zu dienen, schrieb sie ihm: „Es wäre Lächerlichkeit, eine Lebensgeschichte zu schreiben, die nur dann Erfolg hätte, wenn sie die Erwartungen des Publikums auf mehr oder weniger skandalöse Einzelheiten befriedigte. Aber mein Leben verlief sehr viel einfacher, als man glaubt; wenn ich es freimütig erzählte, hätte es nichts Merkwürdiges, denn ich habe nicht Lafter genug um die Neugier zu reizen, und auch nicht genug Tugenden, um auf Bewunderung Anspruch zu erheben.“ Und in der Tat hat Virginia Dejazet keine Memoiren hinterlassen,

so sicher man auf sie rechnen mochte, Jules Claretie schöpft sein feines Porträt der Künstlerin zum Teil aus der eignen Erinnerung an sie, zum Teil aus ihren Briefen, die sie hier schon schrieb und deren er viele mitteilt. Von ihrem Humor, sagt Claretie, er hätte dem Sterne geglichen: auch der ihrige hätte die Träne im Wappen getragen. —

Der Reiseentel und die „lustige Witwe“. Aus Lübeck wird ein amüsantes Geschichtchen erzählt, das die ganze Hansestadt lachen macht. Auf der Reise zwischen Hamburg und Lübeck lernte ein Hamburger Kaufmann im Eisenbahncoupé eine feise junge Witwe kennen, die mit ihrem Baby nach Stettin zu fahren beabsichtigte. Der Reiseentel und die „lustige Witwe“ fanden Gefallen aneinander, und da ja beide nach Stettin fahren wollten, die Fahrt dorthin aber noch lange dauere und für das Kleinkind vielleicht nicht so recht bequemlich sein würde, so beschloß man, in Lübeck zu übernachten, um am andern Morgen die Reise fortzusetzen. Man flog also in einem Hotel ab, überließ der Sperrling der Lübeck des Zimmermädchens und sah sich in der alten Hansestadt um. Als der Kaufmann am andern Morgen durch das Schreiben „meines“ Babys geweckt wurde, bemerkte er zu seinem nicht geringen Entsetzen, daß die „lustige Witwe“ und mit ihr sein 500 Mark enthaltendes Portefeuille verschwunden waren. Er alarmierte das Hotelpersonal und verlangte nach der Polizei, die ihm wenigstens das Portefeuille wieder heranzuschaffen sollte. Diese lehnte jedoch verbindlich ab, da es ihr nicht gestattet sei, die „Gemahlin“ des Herrn Logiergastes — als solche sei sie doch im Hotelbuch angeführt — wegen einer reinen Familienangelegenheit — zu justieren. Auch über „sein“ Baby habe der „Herr Papa“ zu bestimmen. Die Polizei könne sich da nicht einmischen. Anders wäre es freilich, wenn die betreffende Witwe im Fremdenbuch eine wesentlich falsche gewesen sei. Dann müße man sich allerdings mit der Dame — und auch mit ihm beizufügigen. Hier endet die Geschichte von dem Reiseentel und der „lustigen Witwe“. —

Eine fatale Verwechslung. Der interessante Fremdling heißt Iwan Zwanowitsch Pawloff. Er ist Redakteur in Astrachan.

„Eines Tages“, erzählt er, „ging unsere Polizei drei Gauner. Ich hatte vor, mich auf guten Fuß mit der Polizei zu stellen — beschaffte mir die Bilder der drei Gefangenen, die Bilder unserer drei höchsten Polizeibeamten, und wollte das alles in der nächsten Nummer bringen.

Und was geschieht? In der Druckerei betwechelt man's. Unter den Bildern unserer höchsten Polizeibeamten steht: „Die gefährlichsten Verbrecher von Astrachan!“ Unter den Gaunern: „Diese Männer haben die Verbrecher entlarvt!“ Am selben Morgen waren unsere drei höchsten Polizeibeamten c. n. f. l. o. e. n. —

50 Mark jährlich Zuschuß zu zahlen. Hiergegen erhob Frau C. Föder-
spruch und beantragte, ihr die ganze Summe, welche sie laut Vertrag
seit 10 Jahren erhalten hat, weiterzahlend und einen Betrag auf
6 Jahre abzuschließen. Dies wurde abgelehnt. Die verheiratete
Frau, welche im neuen Lehrerwohnhaus wohnt, wünscht, daß
Doppelsteuer angebracht werden möge, die Gemeindevertretung kann
sich jedoch von deren Notwendigkeit nicht überzeugen und lehnt sie
deshalb ab.

Förderficht, 5. März. (Die Volksvereinsver-
sammlung) am Sonntag, in der auch Genossen und Genossinnen von
Mellnig und Blöthe erschienen waren, war gut besucht. Es wurde be-
schlossen, eine intensive Agitation für die „Volksstimme“ zum 1. April
zu entfalten. Der 18. März soll durch einen Kommerz gefeiert werden.
Als Kandidat zur Gemeindevertreterwahl, welche diesen
Monat stattfindet, wurde Genosse Magaritz wieder aufgestellt. Es
wurde jedem Genossen zur Pflicht gemacht, jetzt schon eifrig zu agitieren,
damit unser Genosse siegt. Am Palmsonntag soll ein Familienabend
des Volksvereins stattfinden.

Groß-Ammensleben, 5. März. (Zur Gemeindever-
treterwahl.) Die Wählerlisten liegen im Amtsbureau vom 1. bis
8. März aus. Wer sein Wahlrecht ausüben will, versäume nicht, die
Liste nachzusehen. Wer nicht in der Wählerliste verzeichnet steht, geht
seines Wahlrechts verlustig. Wahlberechtigt ist, wer ein Einkommen
von über 600 Mark versteuert, seit einem Jahre seinen Wohnsitz in der
Gemeinde hat, einen eignen Hausstand führt, seine jährlichen Steuern
bis zum Stattfinden der Wahlen bezahlt und sich im Besitz der bürger-
lichen Ehrenrechte befindet. Die Wahlen zur Gemeindevertretung finden
am Freitag den 5. März, abends 8 Uhr, im Holbeinschen Gasthof
statt. Als Kandidaten für die Arbeiterkategorie sind die Genossen Karl
Schulze und Johannes Patom aufgestellt. Es ist Ehrenpflicht
aller Arbeiter von Groß-Ammensleben, am Freitag abend zur Wahl
zu gehen und ihre Stimmen den hier angeführten Kandidaten zu geben.

Hadmersleben, 5. März. (Ein schweres Unglück.) Ge-
eignete sich am Montag auf Station Hadmersleben. Leute von der
Klosterbrunnerei wollten einen Waggon Heu abladen. Das Heu wurde
aber nicht angenommen, weil es naß war. Die Leute wollten nun
wieder darüber gezogen werden. Während zwei Arbeiter auf dem Heu-
waggon standen, sollte der dritte, der Zimmermann August Hundert-
mark, die Leute unten befestigen. In diesem Augenblick kam ein
Rangierzug. Es wurden Warnungsrufe gegeben. Hundertmark glaubte
aber, daß auf dem Nebengleis rangiert würde. Nun wurde auf das
Gleis des Heuwaggons von der Maschine ein Wagen abgehojen.
Dieser Wagen warf Hundertmark um und schmitt ihm das linke
Bein unterm Knie direkt ab. August Hundertmark ist
jetzt 68 Jahre alt. Er wurde sofort von Dr. Herms aus
Döbbersleben, welcher zufällig anwesend war, verbunden und sodann
nach dem Kreiskrankenhaus Döbbersleben gebracht. Dort wurde dem
Armen schon im Laufe des Nachmittags das Bein abgenommen. Vor
3 Jahren verlor August Hundertmark seinen Sohn, den Tischler
K. Hundertmark, im Alter von 29 Jahren. Der junge Hundertmark
fiel von einer Leiter in der Möbelfabrik von Weber in
Halberstadt und war sofort tot.

Halberstadt, 5. März. (Unnützes Beginnen.) In größerer
Zahl sind Arbeiter und Parteigenossen, die sich in führender
Stellung befindenden Flugblätter verhandelt worden, die vom Hammerverlag,
Th. Fritsch, Leipzig, herrühren. Die Flugblätter wenden sich im tollsten
radikal-demokratischen Sinne gegen die angebliche Vorherrschaft der Juden
und ganz besonders gegen unsere Parteigenossen, die jüdischen Arbeiter
sind. In den Flugblättern, die ihrem Verfasser wirklich alle Ehre
machen, wimmelt es nur so von kraßem Schmutz. Zur Erhellung
eines von dem antisemitischen Zeugnis. Da heißt es: „Wie kommen
diese arbeitsfähigen Elemente aus dem Orient dazu, die Führer der
ehemaligen deutschen Arbeiter spielen zu wollen?“ Ferner: „Die sozial-
demokratische Sache wäre gut, wenn sie eine ehrliche Arbeiterfrage wäre
und nicht im Dienste der Gebrauchsstände.“ Noch besser ist die folgende
inhaltsreiche Passage: „Er (der Komrade) hegt die Arbeiter in Streik,
Kampfbünde und Krawalle hinein, bloß um durch solche öffentlichen Be-
mühungen die Vorkämpfer zu seinen Gunsten zu beeinflussen und
Führer und Regierung einzuschüchtern.“ Höher werden selbst die
Hammerleute im Produzieren von Blödsinn nicht mehr reizen können.

(Erlaubnis Scheine.) Die Anträge um Erteilung eines
Erlaubnis Scheins zum Sammeln von Kräutern, Beeren und Pilzen
in der Gegend für das Jahr 1912 sind in der Zeit vom 4. bis 16.
März im Rathhaus, Zimmer Nr. 13, zu stellen. Die Gebühren für die
Erlaubnis Scheine betragen zum Sammeln von Beeren und Pilzen für
Schulkinder, Personen über 60 Jahre, Unfall- und Invalidenrenten-
empfänger 50 Pf. Für alle anderen Personen für die ganze Sammel-
zeit 3 Mark, für eine Halbesonstige 1 Mark, zum Sammeln von
Kräutern, als heilkräftig anerkannten Kräutern 50 Pf. für jeden Schein.

(Eine Volksvorstellung) findet am Sonnabend,
abends 7½ Uhr, im Stadttheater statt. Zur Aufführung gelangt
„Die Hölle“. Eintrittskarten sind beim Genossen Heilvoigt, Dafenstr. 39,
erhältlich.

(Folgen des Alkohols.) Ein Kranke geriet in
in bedauerndem Zustand der Arbeiter H. ein Schenke, wobei er
sich die Pulsader durchgeschnitten hat, so daß er sich in ärztliche Be-
handlung begeben mußte.

(Das ehemalige Stadttheater) Unter den Weiden
muß, wie so manches alte, verschwinden. Der einstige Musikantensaal,
der seine Vergangenheit hat und von dessen Vorhandensein die junge
Generations kaum noch etwas gewiss hat, wird jetzt niedergelegt,
um Raum zu schaffen für ein neues Wohngebäude.

(Selbstmord.) Der vor 3 Wochen verheiratete 50jährige
Arbeiter Heinrich Böttler aus Langenstein wurde am Sonnabend nach-
mittags in den Deubenbergen erhängt angetroffen. Er, der unbestimmt
war, hat seinem Leben solche Strafen ein Ende gemacht.

Kölsin, 5. März. (Sittlichkeitsverbrechen.) In nicht
öffentlicher Sitzung wurde vom Landrichter in Magdeburg der Herr
Johannes Lüders zu Kölsin, geboren 1841, wegen Sittlichkeitsverbrechens
an drei Kindern angeklagt. Außerdem soll er sich der Schenkung be-
trübt haben, indem er dem Gemeindevorstande 10 Mark Schenkungsgeld anbot und ihn hat, die Anzeige zu unterlassen.
Der Angeklagte wurde schuldig befunden und zu 1 Jahr und 1 Woche
Gefängnis verurteilt, wozu 1 Monat Untersuchungshaft als Vorstrafe
angerechnet werden.

(Ueberraschung) hat sich am Sonnabend nachmittag der
Arbeiter Friedrich Bergerin. Auf dem Marktplatz von Döbbers-
leben hat Bergerin gegen einen Hund und hat aus der Tasche
eine 10 Mark Schein gezogen, den er dem Hund gegeben hat.
Er kam in Ungläubigkeit zu liegen, daß ein Hund sein Geld
wegging. Bergerin erlag seinen Verlegungen kurze Zeit darauf.

Reinhold, 5. März. (In einer gut besuchten Volks-
vereins-Versammlung) wurde Genosse Schinkel über die
beabsichtigte Gemeindevorstandswahl. Erklärungen wurden von ihm die
wichtigsten Forderungen eines Kommunalprogramms sowie die innere
Organisation der Gemeinden. In der Diskussion, die eine sehr rege
war, sagte er, daß auch in der inneren Verwaltung der Gemeinde
Reinhold manches Verbesserungsvorschlag. Die Genossen erklärten, daß
Reinhold aber einige wichtige Punkte der Gemeindevorstandswahl
wurde dann wiederum wieder als Kandidat für die Revue in der
nächsten Woche aufgestellt. Für die zweite Runde sind die Ge-
nossen auf die Kandidatur des gleichnamigen Malers H. H. H.
Kommunisten von Reinhold werden nunmehr nicht möglich. Rege-
nante für die Wahl dieser beiden Kandidaten zu machen. Eine eigene
Liste wird nicht bei der bevorstehenden Wahl im März-Verband.
Vor 2 Jahren ist der Herr August Reinhold — der bis jetzt immer
eine leidenschaftliche Stelle in der Arbeiterbewegung und unter Genossen
genießt hat — zum ersten Genossen mit gewählt worden. Reinhold
die Forderung erklärte, daß er im Falle der Wahl dieses

ber die diesmaligen Wahl keinen eignen Kandidaten aufstellen, sondern ihre
Stimmen Träger geben würden, stellen sie jetzt in der Person des
„Arbeiters“ Wilhelm Steinbeck einen Kandidaten auf. Dieser ist auch
bereits dem Bürgerverein zur Wahl empfohlen worden, nur will der
nicht so recht anbeifigen. Es wird wohl nur eine Durchfallskandidatur
werden. Wir hoffen, daß unsere Genossen ihre Pflicht erfüllen und
sich geschlossen an der Wahl beteiligen.

Ostervieck, 5. März. (Zur Mittelschulfrage) sollte
eine am Sonnabend nach dem „Schwarzen Adler“ einberufene öffent-
liche Bürgerversammlung Stellung nehmen. Was den Besuch anbelangt,
so hätten wir von der Arbeiterschaft ein etwas regeres Interesse er-
wartet. Sehr schwach vertreten war das Bürgerturn, aber ganz
lich fehlte, was man kaum für möglich halten sollte, die hiesige
Lehrerschaft! Kürzlich ist hier von einem Schulmann bei einer
Lehrerbienstandung das Wort gefallen: „Die Wahlen hätten gezeigt,
wie auch die Gegenwart wieder ein „politisch unreifes“ Volk aufweist.
Wollte man es auch am Sonnabend vermeiden, unter das „politisch
unreife Volk“ zu gehen? — Das Referat des Genossen Wittmann
(Magdeburg) gab den aufmerksamen Anwesenden ein klares Bild des
Schulgedankens. Ausgehend von dem gefälligen Worte „Wissen ist
Macht“, macht Referat auch auf die Wesensunterschiede von Wissen
als solches und Herzensbildung aufmerksam. Noch heute, nach
3 Jahrhunderten, sei der Satz eines Comenius nicht verwirklicht, daß
die Schule sein solle „eine Werkstatt der Humanität, dem Volke dienend
zur Ausbildung aller Talente und Fähigkeiten“. Das heutige Schulwesen,
das trotz seiner Mannigfaltigkeit und Vielseitigkeit leider ein regelloses Durchein-
ander aufweise, sei außerdem von dem trennenden Grundgedanken be-
herrsch: „Höhere und niedere Schulen und dies nicht nach Beschäftigung
und Religion, sondern auf Grund der Geldfrage. Wo die Volksschule
geradezu den Charakter einer Armen- und Leiherschule, rechtschere
sie den Ruf nach einer gründlichen Reform durch Staat und Gelehr-
ten. So sei es bei einem förmlichen Chaos von Schul- und
Ministerial-Erlaßungen möglich, daß in einem Teile Hannovers heute noch
eine Schulordnung vom Jahre 1887 in Kraft sei. Ein Reichs-
schulgesetz sei eine der wichtigsten Forderungen der Gegenwart.
Zunächst gelte es nun die Frage: Sollen Mittelschulen eingerichtet
werden, oder soll die Volksschule weiter ausgebaut werden? Im
Gegensatz zu dem Ministerial-Erlaß vom 9. Februar 1910, der die
Mittelschule als Zwischenglied empfiehlt, verweist Referat auf eine
Resolution vom neunten deutschen Lehrertag, die fordert: „Gemein-
same Bildungsanstalten, auf denen sich alle höheren Schulen aufzu-
bauen haben. Die Volksschule als Grundstufe für die Einheitschule,
die allen Kindern die gleichen Bildungsmöglichkeiten gibt.
Gewiß sei dies ein noch fernes Ziel, aber — wir dürfen uns nicht selbst den
Weg hierzu verlegen und gerade die Mittelschule sei ein teurer zeit-
raubender Umweg und eine „Standeschule“ für den besseren Mittel-
stand auf Kosten der weiter degradierten Volksschule. In Ostervieck,
wo bereits die gehobenen Klassen bestehen, würden die meisten
Eltern nicht in der Lage sein, ihre Kinder in die Mittelschule zu schicken,
und wie es mit der „angemessenen“ Anzahl von Freizeiten und deren
Genüßung aussehe, sei bekannt. Die Mittelschule sei ein Schritt ab-
wärts vom Wege, darum solle man der Volksschule mehr Rücksicht
entgegenbringen durch stoffliche Verbesserung des Lehrplans,
französischen Unterricht, Kurse und Förderklassen für begabte
Schüler usw. Für 95 Prozent der Bevölkerung bringe die Mittel-
schule keine Vorteile. Für den Volksschullehrerstand aber sei auch zur
Förderung der Berufsbereidung wünschenswert eine bessere Ernährung
der Schüler und ärztliche Ueberwachung. Keine hungrigen, kranken
und müden Kinder! Dem reichen Beifall folgte auch eine lebhafte
Diskussion, an der sich außer den Vertretern der Arbeiterschaft auch
Herr Stadtkonzeptionsrat R. Zickfeldt beteiligte. Redner hob die
schwierigen und beachtenswerten Ausführungen des Referenten
anerkannt hervor, bekannte sich auch ebenfalls als warmer Freund
der Einheitschule, hat aber, hier am Orte mehr den gegebenen Ver-
hältnissen Rechnung zu tragen. Alsdann mußte man für die
Mittelschule eintreten, die nach seinem Dafürhalten kein Umweg
zum Ziele sei. Er persönlich würde jederzeit auch dafür eintreten, daß
die Genüßung von Freizeiten an Kinder des vierten Standes nicht
nach Genuß und Wohlstand, sondern der Gerechtigkeit entsprechend er-
folgt und daß jeder hierfür ein Mehrkostenbetrag in den Etat ein-
geplant würde. Von den weiteren Rednern treten hauptsächlich Lang-
Löwe und Runge nicht nur mit prinzipiellen, sondern auch
finanziellen Bedenken den erhofften Erwartungen einer Mittelschule ent-
gegen. Herr Zickfeldt, der nochmals das Wort nimmt, bedauert, daß
wir uns nicht mit Herrn Rektor Reiche ins Einzelne gehen könnten,
da eine Aussprache mit Vabagogen und Fachleuten wohl zweckmäßiger
gewesen wäre; er könne nur wünschen, daß zu dem nächsten geplanten
Gemeinabend der Herr Referent nochmals auswendig sein möchte. Das
gleiche gelte für die Arbeiterschaft. Im Schlusswort bekräftigte sich
der Referent zugleich mit den abweichenden Ausführungen Zickfeldts.

Quedlinburg, 5. März. (Genossenschaftliches.) In
der am Sonntag abgehaltenen Generalversammlung des Konsumvereins
konnte über eine äußerst günstige Unternehmung des 1. Vierteljahres des
laufenden Geschäftsjahrs berichtet werden. Einer Resolution an die
beiden Häuser des preussischen Landtags, dem § 15 des Einkommen-
steuergesetzes keine Gesetzeskraft zu verleihen, wurde einstimmig zuge-
stimmt. Der Verwaltung wird das Recht eingeräumt, unter den
üblichen Voraussetzungen in drei benachbarten Dörfern Warenabgabe-
stellen zu errichten. Die Mitgliederzahl ist im 1. Vierteljahr um über
200 gestiegen und der Umsatz gegenüber dem gleichen Zeitraum des
vorigen Geschäftsjahrs um mehrere tausend Mark.

Rogau, 5. März. (Schwerer Unfall.) Der Arbeiter
August Kahlstedt; kürzte am Montag beim Transportieren eines
Kessels auf der Schiffswerft aus einer Höhe von 2 Metern von
einer Höhe herab und zog sich dabei demütig schwere innere Ver-
letzungen zu, daß seine Ueberführung nach dem Wilmshofener Kranken-
haus erfolgen mußte. Selbstverständlich fehlte es wieder an einer
geeigneten Transportart oder eines entsprechenden Wagens, so daß der
Verunglückte mittels eines kleinen Handwagens ohne Federn nach der
Werkstatt gebracht werden mußte.

Stahlfabrik, 5. März. (Kriegereverein und Sozial-
demokratie.) Dieses Thema ist hier unerlässlich, fortgesetzt
wollen die Diskussionen ihm neue Richtung zuführen, ohne daß sie
sich dabei auch nur einen Schritt vorwärts kommen. Sie machen sich
immer lächerlicher, wozu sie allerdings zweifellos das höchste Recht be-
sitzen. Am Sonntag hat in Stahlfabrik eine Vertreterversammlung des
Kriegerevereins stattgefunden, in der man sich
mit der schon erwähnten Frage beschäftigte, ob Mitglieder von
Kriegerevereinen in sozialdemokratischen Zeitungen
insetzieren dürfen. Der Vorstand ist zu dem Entschluß ge-
kommen, daß dies nicht angängig ist und der Hauptmann d. V.
Dorffsch wiederholt hierüber. Dorffsch Zierbohl aber meint,
daß ein solches Verbot auch Mittel und Wege angeben müsse, um die
bekannteren Kameraden vor den wirtschaftlichen Schäden zu schützen, die
ihnen ohne Zweifel aus der Besetzung des Verbot erwachsen würden.
Er verweist dabei auf den nächstfolgenden Punkt der Tagesordnung, nämlich
jeden eignen Antrag betreffend Gründung einer Hilfskasse, zu dem er
das Wort hat. So glatt, wie die Herren vom Vorstand sich das vielleicht
gedacht hatten, ging diesmal der Kampf gegen den Umsturz nicht. Denn
für dessen nicht nur Deale, sondern auch recht reale Güter in Frage
zu stehen, so daß sich dann lebhafter Widerpruch gegen den Vorstand
erhob, weil die Hilfskasse, auch wenn sie Mitglieder von Kriegere-
vereinen sind, des Interesses in sozialdemokratischen Zeitungen nicht
entbehren können. Es ist ja freilich richtig, daß man sich vor der
Gründung mit diesen Gütern nicht mehr äußern kann, aber es ist
richtig, nicht immer zu vermeiden, was Herr Dorffsch vielleicht auch
schon empfunden hat. Ueber diese Angelegenheit ist nicht hinwegzukommen.
Das wurde auch eingesehen, und so kam der schon erwähnte Entschluß
zustande, daß der Vorstand jedes Vereins zu entziehen
hat, ob zwingende Gründe dazu vorliegen, daß
dieser oder jener Kamerad in einer sozialdemo-
kratischen Zeitung insetzt. Hiermit sprach Herr Dorffsch
Zierbohl über das in Kriegerevereinen gegenwärtig sehr aktuelle
Thema der Gründung einer Hilfskasse für angehende oder durch
Verletzung aus der Arbeit gemachte Kameraden, künftiger
Händler und Geschäftleute usw. Die Beiträge sollen pro

Woche 10 Pf. betragen, wofür unbescholtene Kameraden 12
Mark, bescholtene 15 Mark, und für jedes Kind 1 Mark mehr pro
Woche erhalten sollen. Damit soll vor allen Dingen den Gewerk-
schaften das Wasser abgegraben werden. Für weitere 10 Pf. pro
Woche erwirbt man auch Anspruch auf Krankenerstattung. Die
Sache fand nur einen vorläufigen Abschluß damit, daß die einzelnen
Vereine die Frage selbst erst prüfen sollen. Im Anschluß an die ge-
plante Interentenverfolgung sei noch ein niedliches Geschehnis erzählt:
Ein Arbeiter eines hiesigen größeren Betriebes betreibt durch seine Frau
nebenbei einen kleinen Kramladen, in dem er nur auf Arbeiterkundschaft
angezielt ist. Deshalb inserierte er vor kurzem in der „Volks-
stimme“. Aber alsbald verbot ihm das einer der zahlreichen Vor-
gesetzten. Ist das Terrorismus oder nicht?

Gerichts-Zeitung.

Schwurgericht Magdeburg.

Sitzung vom 4. März 1912.

Wegen wissenschaftlichen Meineids ist die ledige
Eingeführte Anna Herforth hier, geb. 1888, vorbestraft. Der Meineid
ist in einem Zivilprozeß Meyer wider Schüler geleistet. Der fragliche
Prozeß entstand aus folgenden Vorgängen: Die Zeugin Schüler betrieb
in einem der Stadt Magdeburg gehörigen Hause in der Spiegelstraße
eine Speisewirtschaft, die sie im Dezember 1910 an die Zeugin Meyer
verkaufte. Auf den Preis von 850 Mark zahlte Frau Meyer 450 Mark
gleich an. Aus irgendwelchen Gründen lehnte es der Magistrat aber
ab, die Frau Meyer als Nachfolgerin der Frau Schüler anzunehmen
und deshalb mußte diese das Geschäft wieder zurücknehmen. Nun aber
verlangte Frau Meyer ihre Anzahlung zurück, erhielt sie jedoch nicht.
Sie klagte, Frau Schüler wende aber ein, sie fühle sich nicht ver-
pflichtet, das Geld zurückzahlen, berechne es vielmehr auf Schaben-
erlaß, denn die Frau Meyer habe in der Zeit vom 16. Dezember
bis 1. Januar das Geschäft derart verlost, daß die meisten Tisch-
gäste weggeblieben seien. Demgegenüber wendet Frau Meyer ein, es
müßte ja schon sein, daß das Geschäft in der Zeit heruntergekommen
ist, aber nicht durch ihre Schuld, denn nicht sie, sondern Frau Schüler
habe das Geschäft in der fraglichen Zeit geführt und sie selbst habe
sich ganz im Hintergrund gehalten.

Am 10. April 1911 wurde die Angeklagte Herforth, die damals
Dienstmädchen bei Frau Meyer war, der Familie auch sehr nahe stand,
vor dem hiesigen Amtsgericht als Zeugin vernommen und befandete
sehr bestimmt, die Frau Schüler habe in der kritischen Zeit, um Frau
Meyer einzugewöhnen, noch weiter gekocht, auch alle Einkäufe gemacht,
und zwar täglich, vom Morgen bis zum Abend, solange Gäste da
waren. Diese Aussage soll wider besseres Wissen abgegeben und be-
schworen worden sein. Die Angeklagte bestreitet ihre Schuld, doch
schänkt sie ihre Angaben dahin ein, sie erinnere sich heute nur noch
bestimmt, daß Frau Schüler bis zum 27. Dezember dauernd in dem
Geschäft gewesen sei.

Nachdem sowohl Frau Schüler als auch Frau Meyer als
Zeuginen vernommen und beide ungünstig für die Angeklagte Herforth
ausgesagt hatten, erklärte diese nach Rücksprache mit ihrem Verteidiger,
sie habe damals vor dem Amtsgericht die Unwahrheit gesagt. Frau
Schüler habe nur bis zum 19. Dezember in der Wirtschaft mitgeholfen.
Auf Befragen des Vorsitzenden, warum sie denn falsch ausgesagt habe,
gab die Herforth an, weil Frau Meyer sie wiederholt dazu aufgefordert
habe. Sie hätten es genau besprochen. Irrendwichtige Vorteile habe
ihre Frau Meyer nicht versprochen. Die Herforth will es aus reiner
Gesälligkeit gegen die immer freundliche Frau Meyer, durch die sie
schon manches Gute gehabt hatte, getan haben. Das Liebesver-
hältnis zu dem Sohne der Meyer sei nicht bestimmend gewesen, wohl
aber die Hoffnung, ferner bei Frau Meyer mietfrei wohnen zu können.
Die Herforth war nämlich inzwischen unter Kontrolle gekommen.

Die Zeugin Meyer bestreitet entschieden, die Herforth beeinflusst
oder zum falschen Zeugnis bestimmt zu haben. Die sei im April gar
nicht mehr bei ihr gewesen. Gesprächsweise habe sie aber, als die
Klage in Aussicht war, einmal gesagt, sie wissen doch so gut wie ich,
daß Frau Schüler immer in der Küche war.

Hierauf verfügte der Staatsanwalt die vorläufige Festnahme
der Zeugin Meyer wegen dringenden Verdachts der Verleitung
zum Meineid.

Die Geschwornen bejahten auf Grund der Verhandlung die
Schuldfrage. Demgemäß verurteilte der Gerichtshof die Angeklagte
zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und
dauernder Unfähigkeit, als Zeugin und Sachverständige eidlich ver-
nommen zu werden. 1 Monat Untersuchungshaft wird als Vorstrafe
angerechnet.

Verhandelt wird ferner am 8. März gegen den Maler
meister Albert Büchtemann und drei Genossen wegen Verbrechens gegen
§ 218 und 219 des Strafgesetzbuchs, Weisung und Anstiftung dazu; am
9. März gegen den Ingenieur Wilhelm Vogt wegen Münzverbrechens.

Landgericht Halberstadt.

Sitzung vom 2. März 1912.

Einblicksvolle Richter. Der Artill. Alfons Blumen-
feld aus Saarunion, der in seinem Beruf einer Unfall erlitten
hat und seit dieser Zeit erwerbsunfähig ist, hat sich durch die
Unterstützung mosaischer Kaufleute, seiner Glaubensgenossen, über
Wasser gehalten. Er ist dabei jedoch schon einige Male von den
Behörden wegen Betrugs und Betrugsversuchs bestraft worden.
Um sich Neffegehd zu verschaffen, hat er sich im Februar und
Juli v. J. von einem Kaufmann in Quedlinburg und Thale
27 Mark bz. 20 Mark geben lassen. Untermwegs wurde er auf der
Landstraße von einem Arzt in dessen Automobil mit nach Halle
genommen. Auf Grund der abgegebenen ärztlichen Gutachten,
die ihn als gänzlich arbeitsunfähigen Menschen schildern, wurde
er von der Anklage wegen Betrugs freigesprochen.

Wegen Vergehens gegen die Gewerbeord-
nung wurde die Direktrice Frau Agnes Haged aus Halberstadt
zu 15 Mark Geldstrafe verurteilt. Bei einer Revision der Schneide-
rinnenliste der Firma Reichenbach durch den Gewerbe-Zustand
wurde festgestellt, daß junge Mädchen an dem betreffenden Tage,
einem Sonnabend, nach 5 Uhr nachmittags beschäftigt wurden.
Ferner waren in dem Raume mehr Personen beschäftigt, als nach
dem Rauminhalt der Stube zulässig war. Der mitangeklagte
Inhaber der Firma wurde freigesprochen.

Der bestrafter Vermittler. Der Kaufmann Franz
Beuff aus Dessau hat sich wegen Vergehens gegen das Notariats-
gesetz und geschäftsmäßiger Abschließung von Weiten zu verant-
worten. Der Angeklagte gab zu, für einige Bekannte Kom-
missionen abgeschlossen, die Sache jedoch nicht geschäftsmäßig be-
trieben zu haben. Das Gericht verurteilte ihn wegen gewerb-
mäßigen Vermittelns von Weiten zu 20 Mark Geldstrafe.

Jagdvergehen. Das Schöffengericht Quedlinburg ver-
urteilte den vorbeistras Arbeiter Franz Heined aus Quedlin-
burg, der mit noch einigen andern auf Hasen gejagt hat, zu
2 Wochen Gefängnis. Auf seine Berufung wurde die Strafe auf
30 Mark Geldstrafe ermäßigt.

Rupferdiebstahl. Der vorbeistras Arbeiter Wilhelm
Nähling aus Döbbersleben hat von einer elektrischen Feldbahn
Aufsperrteile gestohlen und sie in Halberstadt verkauft. Er wurde
wegen dreier Diebstähle in strafschwerem Rückfall zu 1 Jahr
Gefängnis verurteilt. Seine wegen Hehlerei mitangeklagte Ehe-
frau wurde freigesprochen.

Sachbeschädigung. Der Gastwirt Reinhold Gräfen-
stein aus Ufersleben war vom dortigen Schöffengericht von der
Anklage wegen Sachbeschädigung freigesprochen. G. hatte an einem
in einem Gasthof stehenden Fahrrad den Gummireifen aufzwei-
gegriffen. Da er dem Geschädigten 20 Mark Schadenersatz an-
geboten hatte, kam das Gericht zu der Ueberzeugung, daß er der
Täter gewesen ist, und verurteilte ihn zu 20 Mark Geldstrafe.

Persil

für
Spitzenwasche

(Wichtig - lesen!)

Das selbsttätige Waschmittel.

Spitzenwäsche, Gardinen, Stickereien und andere empfindliche Stoffe, die nicht gerieben werden dürfen, wasche man nur mit Persil. Vollkommenste Reinigung bei größter Schonung des Gewebes. Persil wäscht von selbst nur durch einmaliges, ca. 1/4 - 1/3 stündiges Kochen. Verletzen des Gewebes ausgeschlossen.

Erprobt u. gelobt!

Nur in Originalpaketen, niemals lose

HENKEL & CO., DÜSSELDORF.
Alleinige Fabrikanten auch der beliebtesten

Henkel's Bleich-Soda

Verkaufsstellen durch Plakate kenntlich.

CLOU

Ein Schläger folgt dem andern.

Heute neu
Serie 6 989

Asta Nielsen

Die Verräterin.

Kaiser-Theater. Morgana

Auf der Schwelle der Schuld.

Täglich letzte Vorführung 10 Uhr.

WEISSE WAND

Ab heute den 6. bis inkl. den 8. März

Cœur-As

großes Sitten-drama in 3 Akten.

Leben und Tod auf eine Karte.

Spiel-dauer 1 Stunde.

Ferner d. reichhalt. Programm.

ZENTRAL-THEATER

Abendlich 8 Uhr:
Das größte und schönste Programm, welches bisher im Zentral-Theater geboten wurde!

u. a.: 981

Nihilistin!

Trennbruch - Reeck
Colbergs - Demokritos
Holdens Marionetten
Fern-Lenkballon

Trotz des Riesenspielflans gewöhnliche Preise!

Konsumverein

für Niederndodeleben, Schnarsleben u. Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht zu Niederndodeleben.

Bilanz am 30. September 1911

Aktiva.	Passiva.
Kassenbestand 1 929.65 Mk.	Guthaben-Konto 5 523.00 Mk.
Barenbestand (Einkaufswert) 17 398.00 Mk.	Darlehens-Konto 12 000.00 Mk.
Symmentar (Abschreibung 200 Mk.) 933.76 Mk.	Kautions-Konto 1.100.00 Mk.
Grundstücks-Konto (Abschreibung 200 Mk.) 14 800.00 Mk.	Reservefonds-Konto 2 856.40 Mk.
Anteil bei der Großeinkaufs-Gesellschaft in Hamburg 90.50 Mk.	Baren-Konto 1 193.08 Mk.
	Dispositionsfonds-Konto 3 885.43 Mk.
	Rabattsparguthaben-Konto 6 039.80 Mk.
	Rückvergütungs-Konto 2 584.20 Mk.
	Sa. 35 151.91 Mk.

Der Mitgliederbestand betrug zu Anfang des Geschäftsjahres 276 Mitglieder
Zum Laufe des Geschäftsjahres sind eingetreten 29 Mitglieder
Summa 305 Mitglieder

Ausgeschieden sind 17 Mitglieder
Um Schluß des Geschäftsjahres 288 Mitglieder

Die Geschäftsanteile betragen zu Anfang des Geschäftsjahres 4255.00 Mark
Die Geschäftsanteile der Mitglieder vermehrten sich im Laufe des Geschäftsjahres um 1968.00 Mark
und betragen am Schluß desselben 5223.00 Mark

Die Haftsumme der Mitglieder betrug am Beginn des Geschäftsjahres 8 280.00 Mk.
Sie hat sich vermehrt im Geschäftsjahr um 360.00 Mk.
und beträgt am Schluß desselben 8 640.00 Mk.

Der Vorstand.
Karl Krause, Richard Meyer, Friedrich Bahno.

Ca. 2 Morgen Pachtacker im ganzen oder geteilt zu 719 verpachten. Näheres Barleben, Kirchstraße 18.

Schaffstiehl, Arbeitstiehl, Bogel-, Schnur-, u. a. Waren. Spottbillige Preise wegen Aufhubs des Geschäfts. H. Gaecke, Kirchstr. 5. Vom 1. April Tischlerkrugstr. 27.

Tapezierlehrling gegen Gehaltigung sucht Otto Schneider, Stephansbrücke 2.

Küchenschraube, i. u. 89 Mk. 707 Arndtstraße 6, pt. rechts.

Musik-Gehringe stellt und gibt günstig Bedingungen und Zusich. gewissenhaft. Ausbildung von guter Behandl. ein Stadtmusikdir. Amelung Calbe a. d. S. 864

Schlofferlehrling i. G. Mege, Schlofferlei im Straßbeim, St.-Michael-Str. 12

Gärtnerlehrling sucht Paul Zander, Bürger Straße Nr. 6.

Steinsetzer und Berufsgenossen.

Am Freitag den 8. März, nachmittags 6 Uhr, im Lokal des Herrn Ed. Holtz, Tischlerkrugstraße 22:

Öffentliche Versammlung.

Tagesordnung:
1. Das Resultat der Verhandlung mit der Innung.
2. Verschiedenes.

Zahlreichen und pünktlichen Besuch erwartet

Die Verwaltung des Steinsetzer-Verbandes.

717

Ortskrankenkasse

für die im Maler- und Lackierer-Gewerbe beschäftigten Personen Magdeburgs.

Am Montag den 11. März 1912, abends 8 Uhr, im „Bürgerhaus“, Stephansbrücke 38

Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Jahres- und Aufsichtsb. 2. Bericht der Rechnungsprüfer 3. Kassensangelegenheiten.

Der Vorstand. A. Müller, Vorsitzender.

555

Arbeiter-Theater-Berein „Eintracht“

Magdeburg-Renftadt.

Unsere Mitglieder, Ehrenmitglieder sowie weitere Angehörige zur Kenntnis, daß am Mittwoch den 6. März cr. auf vielseitigen Wunsch nochmals im „Weißen Kirch“

Hans Hückebein

zur Aufführung gelangt. — Freitag 8 1/2 Uhr. — Durch Mitglieder eingeführte Gäste haben Zutritt. Gegebenheit laden ein. Der Vorstand.

Ab. Die Mitglieder werden ersucht, heute Dienstag, abends 8 Uhr, pünktlich zu erscheinen.

756

25. März tägl. Verdienst d. Verff. m. Patentanfecht. für Herren. Maschinenfabrik Mittelweida-Markersbach Nr. 172.

Aufgepaßt!

2 gute neue Betten ganz billig
Mittagsstraße 42, part. r.

Lehrling gesucht f. Sattlerei u. Tapezierwerkstatt
E. Gäßner, Neuhäuserstr. 1.

Kinderwagen für 8 Mk. zu verkaufen
Abendstr. 17, Hof 2 Tr.

Städtisch. Orchester

Fürstenhof

Mittwoch den 6. März abends 8 Uhr 986

Konzert

Leitung: Kgl. Musikdirektor Joseph Krug-Waldsee.

Solistin: Hologopernsängerin Olga Struensee-Kallensee (Koloratur).

Eintrittskarten
Plätze: Vorverk. Abendk. Loge u. Balkon 1.05 1.35 Saalkisch 0.85 0.80 Nichtnumeriert 0.40 0.40

Vorverkauf in der Heinrichshofenschen Musikalienhandlung von 9 bis 2 und von 4 bis 7 Uhr.

Stadt-Theater

Mittwoch den 6. März
Abend (blaue Karten). Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/4 Uhr.
Schauspiel Ray Grube.

Der Kardinal.

Donnerstag den 7. März
Schauspiel Rudolf Reiff.

Der fliegende Holländer.

Elektro-Biograph

Fermersleben

Heute das hochinteressante neue Programm!
— Nur für Erwachsene! —

Irrlichter!

großes Sensationsdrama sowie noch 2 spannende Dramen

Auch Piefke, Müller, Lehmann, Kieckebusch sind eingetroffen. 721

Krieg in Tripolis

— neue Serie — und vieles andere mehr.

Wilhelm-Theater.

Mittwoch den 6. März
Sensationelle Novität!
Großer durchschlagender Erfolg!

Eva.

Donnerstag den 7. März
Auf allgemeinem Wunsch!

Das Marmorweib.

Freitag und Sonntag

Die Sirene.

Novität von Sep Fall.

Sonabend den 9. März
Sensationelle Novität!
Saldens Flitterwochen.

Sonntag, nachmittags
Das süße Mädel.

Montag den 11. März
Benefiz für Willi Schüller.

Der Bettelstudent.

Städtisch. Orchester

Fürstenhof

Mittwoch den 6. März abends 8 Uhr 986

Konzert

Leitung: Kgl. Musikdirektor Joseph Krug-Waldsee.

Solistin: Hologopernsängerin Olga Struensee-Kallensee (Koloratur).

Eintrittskarten
Plätze: Vorverk. Abendk. Loge u. Balkon 1.05 1.35 Saalkisch 0.85 0.80 Nichtnumeriert 0.40 0.40

Vorverkauf in der Heinrichshofenschen Musikalienhandlung von 9 bis 2 und von 4 bis 7 Uhr.

Fürstenhof-Theater

Dir. Müller-Lipart. Eingang Prälatenstraße.

Heute 8.20
Neuestes Sensations- Detektivstück
Neu! in 3 Akten. Neu!

Sherlock Holmes

inmitten seiner Feinde.

Spannend! 720 Gesetend!
Sierzu der neue glänzende Spezialitäten-Spielplan.

— Vorzugskarten gelten. —

Burg-Palast-Theater

Morgen Mittwoch:
Neuer äußerst ansprechender und an feinen Sujets gehaltvoller Spielplan!

Kavallerieschule in Pinerolo

in 3 Akten, waghafte äußerst verwegene Reiterstücke der Offizierschüler genannten Zustitus, besonders aktuell infolge der augenblicklichen Kriegsführung Italiens.

Kieckebusch als Zeitungsvorsetz, hochkomische Grotteske. Schauspiel: Vahlhansstimmung. Das im Osten zurückgebliebene Mädchen, Drama aus dem Leben zweier Goldjücker. Schwiegerjohn u. Schwieger-vater, köstliche Humoreske.

Verkauft! — Verkauft!
Spannendes dramatisch. Schauspiel aus dem Gesellschaftsleben in zwei Akten. Hochkünstlerisches Spiel. — Aufregungsführende Aufmachung. — Berühmte Schauspieler und Schauspielerinnen als Darsteller.

Zu schwach besetzten Stunden diverse Einlagen.
Wer sein Wissen bereichern, wer sich ergehen und belustigen, und wer sich an inhaltl. und an gemüthlichen Schauspielen erbauen will, dem bietet dieser Spielplan die beste Gelegenheit und sollte darum niemand veräumen, ihn anzuschauen.

Ergebenst Otto Wohlhartl.

Deutscher Bauarbeiter-Verband

Zahlstelle Hohndodeleben. Nachruf.

Am 1. März starb nach kurzem Krankenlager unser Mitglied

Christian Arnold

im Alter von 46 Jahren an Herzlähmung.
Wir werden ihm ein ehrenvolles Andenken bewahren.

946 Der Vorstand.

Am Sonntag den 3. März verstarb unser herzenguter Sohn, unser treuer Bruder, Schwager, Onkel und Neffe

Gustav Nadge

im Alter von 25 Jahren. Um stille Teilnahme bitten

Karl Nadge u. Frau

Dorothee geb. Gerbitz.

Die Beerdigung findet am Mittwoch den 6. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des Westfriedhofs aus statt.

712

Metropol-Theater Bückau

Das großartige Programm von 6. bis 8. März:
Auf der Fährte des Grislybüren
eine packende Geschichte der entzücklichen Seiden und Bergregenen des Himalayas der amerikanischen Bühnen.

Die Sünde der Väter

722
inregungsfindes Drama.

Der Sieg der wahren Liebe

Drama aus dem Leben.

Mag u. Jane wollen Schauspieler werden
In der Komödie: Max Linder.

Rheinperle SOLO

Margarine, die Elitemarken der Branche, ersetzen

Feinste Butter

Holl. Marg. Werke, Jürgens & Fränkel G. m. b. H. Goch, Pld.

Sozialdemokratischer Verein Magdeburg.

Nachruf.

Am Sonntag starb unser Mitglied 941

Gustav Nadge

im Alter von 25 Jahren.
Ihre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch den 6. März, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des Westfriedhofs aus statt.

Der Vorstand.

bringen? War nicht gerade hier der Ort, ehrlich und offen seine Meinung zu sagen?"

Die „Kreuzzeitung“ scheint gar nicht zu bedenken, wie sehr sie hier den von ihr vertretenen konservativen Anschauungen ins Gesicht schlägt. Die Frau gehört doch ins Haus! Sie soll doch beim Kochtopf bleiben und Strümpfe stricken! Der gut konservativ Mann ist ängstlich bemüht, sie von dem „ekelhaften politischen Treiben“ fernzuhalten. Die Frau ist ihm zu gut und wertvoll, als daß er zusehen möchte, wie sie in den Schmutz der politischen Arena hineinsteigt. Und da verlangt nun die „Kreuzzeitung“ plötzlich, daß sich die konservativ Frau über die Frage des Wahlrechts in einer großen öffentlichen Versammlung auseinandersetzen soll.

Ist das einfach Bergeklüftung? Wir glauben nicht. Die Konservativen wollen in ihrer Not dem Beispiel des Zentrums folgen, die Frau in den Dienst ihrer Interessen stellen, und wenn sie auch innerlich noch weit davon entfernt sind, ihre staatsbürgerliche Rechtsgleichheit anzuerkennen, so können sie doch nicht umhin, aus ihrer bisher gegenüber der politischen Frauenbewegung beobachteten Reserve herauszutreten. Es zeigt sich, daß die kämpfenden Proletarierinnen nicht nur für ihre eigene Befreiung, sondern direkt und indirekt für die aller ihrer Geschlechtsgenossinnen tätig sind.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 5. März 1912.

Konsumverein für Magdeburg und Umgegend.

Die ordentliche Generalversammlung für das erste Halbjahr 1912, die am Montag im „Luisenpark“ stattfand, war außerordentlich stark besucht. Sogar die Galerie war dicht besetzt von den Frauen der Mitglieder.

Um 8^{1/4} Uhr wurde die Versammlung vom Vorsitzenden Richter eröffnet. Dann nahm der erste Geschäftsführer Sellmann das Wort zum Geschäftsbericht für das Jahr 1911. Redner verweist auf den zur Verteilung gelangten Jahresbericht. Der Gesamtumsatz betrug 4 538 560,22 Mark gegenüber 3 958 678 Mark im Vorjahr. Mithin betrug der Mehrumsatz 581 881,28 Mark. Im Durchschnitt haben die Mitglieder im letzten Jahre mehr Waren genommen als im Vorjahr. Nicht weniger als 925 Eisenbahnwaggons sind auf dem Anschlussgleis des Vereins eingelassen. Das Kohlengeschäft ist infolge des trocknen Sommers etwas zurückgegangen, dafür ist der Geschäft in Brotkrüten, Kartoffeln und im Jahre 1911 20 498 Zentner umgekehrt worden, das sind 14 984 Zentner mehr als im Vorjahr. Ebenso ist über eine gesteigerte Produktion der Bäckerei zu berichten. Das von eigenen Mühlen gelieferte Schrot hat die früheren Klagen verstimmen lassen. Ein größerer Umsatz wurde auch in der Kaffeebrennerei erzielt. Ein Herabgehen des derzeit hohen Preises für Kaffee ist in diesem Jahre nicht zu erwarten. Der Umsatz in der Fabrikation von alkoholfreien Getränken hat sich fast verdoppelt. Die Spar-Einrichtung weist einen Bestand von 286 035,75 Mark gegen 165 092,62 Mark im Vorjahr auf, das ist eine Zunahme von 120 943,13 Mark. Die Einrichtung des Agitations-Sekretariats hat sich durchaus bewährt. Die Mitgliederzahl betrug zu Anfang des Jahres 11 416 und am Schlusse 12 205. Diese Zahl wird durch die Übernahme des Konsumvereins „Biene“ in Schönebeck noch bedeutend vermehrt werden. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die Genossenschaftsbewegung aller Orten in einer entschiedenen Vorwärtswegung begriffen ist. Die geplante „Konsumgenossenschaftliche Ausstellung“ in Berlin wird auch von dem hiesigen Verein besucht werden.

Ueber das Vermögen und die Verbindlichkeiten des Vereins wurden vom Redner eingehende Erklärungen gegeben. Die Reinerparnis beträgt 53 430,96 Mark. Empfohlen wurde dringend, eine Stärkung der Reserven vorzunehmen, die bisher sehr vernachlässigt worden seien. Mit der Aufforderung, weiter wie bisher zusammenzuhalten, um für später noch mit besseren Ergebnissen aufwarten zu können, schloß Redner seinen Bericht. Im Namen des Aufsichtsrats wurde von Herrn C e r t die Entlastung des Vorstandes beantragt. Die Versammlung stimmte dem zu.

Der zweite Geschäftsführer Hoffmann berichtete dann, daß der Vorstand des Lagerhalter-Verbandes an die Verwaltung herangeraten sei und die Schließung der Lager mittags während 2 Stunden beantragt habe. Redner hält eine Pause von 2 Stunden für zuviel. Eine Pause von 1^{1/2} Stunde sei unter Umständen zu empfehlen. Nach dieser Richtung sei vielleicht die Änderung des § 3 der Verkehrsordnung geboten.

Der Antrag der Lagerhalter wurde von Herrn Went unter lebhafter Zustimmung der Frauen auf der Galerie auf das entschiedenste bekämpft. Genosse Ebeling gab derselben Meinung Ausdruck. Unter steigender Unruhe begründete Herr Krause (Lagerhalter) den Antrag seiner Kollegen. Von der Mehrzahl der Diskussionsredner wurde der Antrag der Lagerhalter mit Rücksicht auf die Konkurrenz bekämpft. Nach Annahme eines Antrages auf Schluß der Debatte wurde die Schließung der Lager abgelehnt.

Zu dem Vorschlag über die Verteilung der Reinerparnis nahm das Aufsichtsratsmitglied Herr Krone das Wort. Er beantragte, zu der garantierten Erparnis von 6 Prozent noch eine Rückvergütung von 1 Prozent auszusprechen und den überschüssigen Betrag von rund 16 000 Mark dem Reservefonds zuzuführen. Dem Vorschlag wurde ohne Debatte zugestimmt.

Ueber die Notwendigkeit der Anschaffung eines Automobil-Lieferwagens berichtet das Vorstandsmitglied Herr Richter. Die Anschaffung eines Automobils wurde beschloffen und eine Summe von 20 000 Mark dazu bewilligt.

Zum Schlusse berichtigte der zweite Geschäftsführer Herr Hoffmann über die den Konsumvereinen drohende Mehrbelastung durch den dem § 15 des Einkommensteuergesetzes eingefügten Satz, wonach auch die den Mitgliedern als Rabatt gewährte Rückvergütung steuerpflichtig sein soll. Die vom Vorstand an den Landtag zu sendende Resolution wurde einstimmig gutgeheißen.

Sozialdemokratischer Verein. Eine Bezirksversammlung der Frauen des Bezirks Magdeburg findet heute, Dienstag, abend bei Thiering, Tischlerstr. 28, statt. Auf der Tagesordnung stehen mehrere für die Frauen wichtige Verhandlungsgegenstände. — Die Frauen des Bezirks Budau tagen am Donnerstag den 7. März, abends 8^{1/2} Uhr, in der „Dalia“. Der Arbeitersekretär Genosse Mößinger redet hier über das Thema „Was muß die Frau von der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung wissen?“ Die Genossinnen werden ersucht, ihre Versammlungen recht zahlreich zu besuchen.

Arbeiterjugend. Für den Bezirk Altstadt findet am Mittwoch eine Zusammenkunft bei Böhme, Kleine Klosterstr. 11, statt. — Der Bezirk Sudenburg veranstaltet am Mittwoch einen Forttagsabend bei Hemming, St.-Michael-Str. 11. Redakteur Müller hält einen Vortrag über den Satz: — Zusammenkünfte finden am Donnerstag für die Bezirke Alte Neustadt, Budau, Neue Neustadt statt. — Der Bezirk Neue Neustadt veranstaltet einen „Zell“-Abend im „Weißen Hirsch“. — Am Freitag wird im „Schiffenbof“ für die gesamte Arbeiterjugend, deren Freunde und Angehörigen ein Lichtbildervortrag gehalten. Im ersten Teile wird die „Erhebung der Luft“ in Wort und Bild geschildert, während der zweite Teil die schönsten Gegenden des Harzes und Thüringens bringen wird. Redner ist Herr Halzapfel. Abonnenten der „Arbeiter-Jugend“ haben freien Eintritt; für Nichtabonnenten beträgt der Eintrittspreis 10 Pf.

Stadtverordnetenwahl. Für den Wahlbezirk Rothensee-Gracau-Pfeffer wurde am Montag in der 2. Abteilung der Konfessionen Fabrikant Friedrich Wartenberg, Rothensee, mit 89 Stimmen (27 in Rothensee und 62 in Gracau-Pfeffer) gewählt. Drei Stimmen fielen auf den bisherigen Stadtverordneten Landwirt Rudolf Zeurich. Herr Wartenberg ist gewählt für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember d. J.

Zur Lohnbewegung der Schneider. Von der Streikleitung wird uns geschrieben: Da wir die Anfragen, welche an uns gehen, nicht einzeln beantworten können, geben wir hiermit bekannt, welche Firmen unsere Forderungen strikt ablehnten: F. Abel, L. Märker, Wid u. Ko., C. Schwiger, E. Graßall, F. Bernede, S. Caffebaum, Gebr. Voigt Nachf., R. Drechsler, F. Elliger, F. Faust, F. Fallenburg, Fr. Grothe, E. Grothe, A. Günther, S. Haase, E. Jäger, G. Kaiser, Chr. Naas, F. Racht, E. Bollbrück, A. Kolley. Es sind dies kleinere Firmen, welche nicht allzusehr in Frage kommen. Hierzu kommen noch die Firmen vom Arbeitgeberverband. Dieser erklärt in den bürgerlichen Blättern einen Notstreik an die andere Arbeitgeber, daß sie sich mit ihnen solidarisch erklären. Durch die Einmütigkeit der Schneider sind die Herren so sehr in die Klemme gekommen, daß sie nicht ein noch aus wissen, trotzdem der Streik noch keine Woche dauert. Aber der Notstreik wird vergeblich sein, denn die Arbeitgeber, welche dem Arbeitgeberverband nicht angehören, wissen ganz genau, wie grundlos der Streik vom Arbeitgeberverband herausbeschworen worden ist. Auch weiß jeder, daß ein Stundenlohn von 40 Pf. für Verheiratete bei der gegenwärtigen Teuerung viel zu wenig ist. Es ist ein Hohn, davon zu sprechen, daß die Einigungsverhandlungen an den egyptischen Forderungen und der Hartnäckigkeit der Gehilfen gescheitert sind. Von einem weitestgehenden Entgegenkommen der Arbeitgeber kann keine Rede sein, wenn z. B. für Tagelöhner ein Wochenlohn von 24,36 Mark geboten worden ist. Die Haltung der Streikenden ist vorzüglich; sie sind frohen Mutes, wozu sie auch alle Berechtigung haben.

Lohnbewegung in der Saccharin-Fabrik, Aktiengesellschaft, Magdeburg-Salbe. Die Arbeits- und Lohnverhältnisse sind in diesem Betriebe die denkbar ungünstigsten. Bei schwerster und gefährlichster Arbeit, so unglücklich das klingen mag, werden noch Stundenlöhne von 27^{1/2}, 28, 30 und 32 Pfennig gezahlt. Teilweise wird mit Wechselarbeit gearbeitet; die Arbeitszeit ist eine 12stündige. Die Folge der niedrigen Löhne ist, daß das Uebel (Lungenwunden) hier in einer Weise grassiert wie in keinem andern Betriebe. Zahlreiche Krankheitsfälle und frühzeitiges Siechtum sind die Folgen dieser Leberarbeit, die noch nicht einmal mit dem sonst in anderen Fabriken üblichen Ausschlag bezahlt wird. Die Arbeiterchaft fordert, daß die Stundenlöhne um 5 Pf., die Akkordlöhne um 10 Prozent erhöht werden. Ueberstunden sollen mit 10 Pf. und Nacharbeit mit 50 Pf. Ausschlag pro Schicht bezahlt werden. Diese Forderungen wurden vom Arbeiterausschuß der Firma unterbreitet und von derselben in einer Weise abgelehnt, die einer Probotation ziemlich ähnlich sieht. Den einstimmigen Beschluß der letzten Betriebsversammlung auszuführen, haben nunmehr die in Frage kommenden Organisationen, der Verband der Fabrikarbeiter und der Deutsche Metallarbeiterverband, der Firma die Forderungen übermitteln. Allen Anschein nach scheint sie auch jetzt noch auf ihrem ablehnenden Standpunkt zu beharren. Denn in der bürgerlichen Presse sucht sie schon heute die „berühmten Rauscheifer“, die im Falle des Streiks einpringen sollen und keinem Verband angehören dürfen. Die Firma ist wohl in der Lage, die berechtigten Forderungen der Arbeiter zu bewilligen, ohne daß ihr Profit eine Schmälerung erfährt. Alle organisierten und unorganisierten Arbeiter ersuchen wir deshalb dringend, Arbeitsangebote der Saccharin-Fabrik abzulehnen und nicht auf die Insultate hereinzufallen.

Ein Glendebild. Mit dürren Worten meldet der Polizeibericht folgendes: Gestern morgen gegen 6^{1/2} Uhr wurde der 80jährige Arbeiterinvalid Wilhelm J. aus Niederitz von einem Schuttmann vor dem Hause Sternstraße Nr. 19 auf dem Vorsteck sitzend und aus der Nase blutend angetroffen. Dem J., der an zwei Krücken geht, war die eine Krücke zerbrochen und er dadurch hingefallen. Da er auch über Schmerzen im Rücken klagte, wurde er von dem Beamten bis zum Hasselbachplatz geführt und von dort mit der Straßenbahn nach der Sudenburger Krankenanstalt gebracht, wo er Aufnahme gefunden hat.

Von der Elbe. Am Dienstag vormittag sind die ersten beladenen Rähne von Hamburg hier eingetroffen und haben am Alten Packhof zwecks Entladung festgemacht. Damit kann die Schiffsahrt als in vollem Umfang in Betrieb angesehen werden.

Gutgleitender Güterzug. Am Montag nachmittag um 4^{1/2} Uhr entgleiten in der Nähe des Stellwerks am städtischen Turnplatz 13 Wagen eines Güterzugs. Der aus etwa 100 Wägen bestehende Güterzug, beladen mit Kohlen, Getreide, Salz u. a. m., kam von Budau und hatte als vorläufiges Ziel den Elbbahnhof. Nachdem der Zug das Stellwerk am Uebergang des Turnplatzes passiert hatte, sprang in der Mitte des Zuges ein Wagen aus dem Gleise. Durch den Druck der nachfolgenden beladenen Wagen wurden noch 13 derselben aus dem Gleise gehoben und zum Teil umgeworfen. Das Zugpersonal, soweit es in Gefahr kam, rettete sich durch rechtzeitiges Abpringen. Ein Hilfszug war alsbald zur Stelle, worauf die Umladung der Güter vorgenommen wurde. Das Hauptgleis wurde durch den Unfall nicht berührt und konnte für den Verkehr frei bleiben. Am Dienstag vormittag war auf der Unfallstelle, bis auf wenige Ueberreste, von der Entgleisung nichts mehr zu sehen. Der angerichtete Schaden an Material ist ziemlich bedeutend.

Unfall. Am Dienstag vormittag wurde in der Magdeburger Werkzeug-Walzenfabrik in der Schweißstraße dem Tischler Hermann Kramer durch eine Handhabe der Zeigefinger der linken Hand abgetrennt. Der Verunglückte wurde nach dem Altstädter Krankenhaus gebracht.

Durch flüssigen Stahl verbrannt. Am Dienstag, kurz vor Mittag, erlitt der Arbeiter Jakob Mula aus Westerbüßen in der Stahlgießerei von Otto Gruhn u. Co. einen schweren Unfall, indem dem Vermitteln durch Ausfließen von Stahl der linke Fuß verbrannt wurde. Der Verunglückte wurde nach dem Sudenburger Krankenhaus gebracht.

Einbruch in einen Laden. In der Nacht zum 4. d. M. vermutlich gegen 12 Uhr, ist in einem Laden in der Annstraße ein schwerer Diebstahl ausgeführt worden. Gestohlen wurden: 24 Mark bares Geld, ein weißgestrichener Eierkorb mit etwa einem Schock Eier, 5 Kilogramm gebrannter Kaffee, 1 Kilogramm Tee, 10 Glas Sirup, 5 Kilogramm Margarine, 5 Kilogramm Brauwürste, 15 Stück Aluminiumschöpfe, zwei Schüsseln, eine Kaffeemaschine und acht Tassen aus Porzellan, zwei weiße Schürzen, 4000 grüne Rabatmarken mit der Aufschrift „Butterzentrale“ zu 1 und 5 Pf., 800 rote Gutscheine zu 11 Pf. Als Täter kommen vermutlich zwei Männer (ein älterer und ein jüngerer) in Frage, die wie folgt beschrieben werden: Der ältere etwa 1,66 Meter groß, unterseht, mit kleinem schwarzem Schnurrbart, bekleidet mit schwarzem steifem Hut und dunklem Ueberzieher. Der jüngere etwa 1,75 Meter groß, schlank, bekleidet mit graugrünem Schlapphut und dunklem Jacketanzug. Da um die Zeit der Ausführung des Diebstahls noch ziemlicher Verkehr in den Straßen gewesen ist, ersucht die Kriminalpolizei um Mitteilung, wenn jemand Wahrnehmungen gemacht haben sollte, die zur Ermittlung der Diebe führen können. Namen mittelender Personen werden nicht genannt.

Gestohlen wurden in einer Schantwirtschafft in der Friedenstraße ein Arbeiter aus der äußeren Joppentstraße 35 Mark; im Villardzimmer eines Cafés aus der Taiche eines am Kleiderhändler hängenden Jacketts eine goldene Herren-Kemontoiruhr; in der Turnhalle der Schule in der Braunschweiger Straße einem Arbeitersburden aus der Jackettasche ein braunes Portemonnaie mit 1,95 Mark; in einem Neubau in der Schützenstraße einer Frau aus der Taiche eines an der Wand hängenden Kleiderrocks ein goldener Trauring, ges. S. 3., und 70 Pfennig.

Konzerte, Theater, Sport u.

Städtische Konzerte. Auf das am Mittwoch den 6. März stattfindende Konzert des städtischen Orchesters im „Küstenhof“ sei nochmals hingewiesen. Als Solistin wird die Sopranistin Auguste Diga Stronnes-Kalender von hier mitwirken.

Wilhelm-Theater. „Das Marmorweib“, der Schläger dieser Saison, erlebt am Donnerstag bereits die 35. Aufführung; es ist dies vorläufig die letzte Aufführung in dieser Saison, weshalb wir nochmals besonders auf die Vorstellung aufmerksam machen möchten. Die überaus lustige Posse „Julians Flitterwochen“ kommt am Sonntag abend zur Wiederholung. — Die „Stene“, Novität von Leo Fall, ist für Freitag, Sonntag und Mittwoch angelegt.

Zentraltheater. „Große Theaterabende“, so kann man mit vollem Rechte die März-Vorstellungen bezeichnen. Eine überaus reiche Fülle von Einreden aller Art rollt an dem Auge des Beschauers vorbei. Spontell und seine Gesellschaft geben in dem Minidrama „Die Nihilistin“ einen markanten Beweis dafür, daß große Künstlerkraft es ermöglicht, lediglich durch die Mimik und Gebärden Sprache eindringlichere Wirkungen zu erzielen, als wenn das gesprochene Wort erläuternd und unterstützend eingreifen würde; Spontell's Kunst zeugt von genialer Begabung. Fesselnde Experimente bietet der Jungeur Bohle mit seinem Fernleit-Ballon Romanus I. Ein Wunder der Feinmechanik bilden Goldens Marionetten. Bilder von herrlicher Schönheit entfaltete das große Ballett, beistellt „Trennung“. Demotrios der moderne Karikaturen-Zeichner und Gottlieb Reed sorgen in ganz prächtiger Weise — jeder natürlich auf seine Art — für frischen Humor. Colberg's führen in geradezu idealer Weise auf das Gebiet der edeln Frau Musik. Es ist in dem März-Programm eine Spiel-folge geschaffen worden, deren einzelne Darbietungen grundverschieden voneinander sind, so daß man sagen kann, der März-Spielplan bietet einen herrlichen Ausblick auf die vielfältigen Gebiete der Spezialitäten-Kunst. Bemerkenswert sei noch, daß trotz der enormen Unkosten nur gewöhnliche Preise erhoben werden.

Letzte Nachrichten.

Vor der Entscheidung.

Dortmund, 5. März. Gestern nachmittag fand auf der Hobergsburg eine von etwa 3000 Bergleuten der Beche Kaiserstuhl 1 und Kaiserstuhl 2 sowie Scharnhorst besuchte Belegschaftsversammlung statt, in der über die Frage, ob der begonnene Streik fortgesetzt werden solle oder nicht, diskutiert wurde. Nach einem Referat des Delegierten des alten Verbandes, in dem der Redner dringend zur Wiederaufnahme der Arbeit riet, kamen zahlreiche Bergleute der genannten Beche zum Worte, die fast alle für eine Fortsetzung des Streiks sprachen. Die Vertreter der polnischen Berufsvereinigungen und der Hirsch-Dundeschen Vereine erklärten, diesen Streik nicht gutheißen zu können. In der Versammlung wurde noch bekanntgegeben, daß heute Dienstag die Antwort der Bechebesitzer erwartet werde. Am Donnerstag findet eine Sitzung des Aktionsausschusses und des Vorstandes und am Sonntag eine allgemeine Konferenz statt, in der die Entscheidung fallen wird. Diese Entscheidung wird nachmittags gegen 5 Uhr in großen Versammlungen im Ruhrkohlenbezirk bekanntgegeben werden.

Essen a. Ruhr, 5. März. Auf die Eingabe des Bergarbeiterdreibundes an die Becheverwaltungen ist gestern von der Beche König Ludwig die erste Antwort eingegangen. Die Beche erwidert, daß sie nicht in der Lage sei zu den Forderungen Stellung zu nehmen, da sie nicht von der Belegschaft ausgingen. Es sei die gesetzliche Aufgabe des Arbeiterausschusses als Vertreter der Belegschaft Anträge derselben zur Kenntnis der Becheverwaltung zu bringen. Nur in dem Arbeiterausschuß könne die Vertretung der Belegschaft erblickt werden, und zu Verhandlungen damit sei die Belegschaft bereit.

Dortmund, 5. März. Auf den Beche Kaiserstuhl 1 und 2 sind die Frühlichter vollzählig eingefahren. Auf der Beche Scharnhorst sind von 615 unter Tage Arbeitenden nur 19 und von 234 über Tage Arbeitenden 104 eingefahren. Die Gerächte von einem Ausstände auf der Beche Dessel beschäftigen sich nicht.

Dortmund, 5. März. (Eigener Drahtbericht der „Volkstimme“.) Der Regierungspräsident ist aus Arnberg hier eingetroffen, um mit den städtischen Körperschaften über die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung beim Ausbruch eines Streikes zu beraten. (Um diese „Ruhe und Ordnung“ ist die wohlthätige Regierung in großer Sorge. Daß sie sich auch deshalb bemühen wird, einen Streik durch Druck auf die Kohlenmagazine zu verhindern, davon hat man bis jetzt nichts gelesen. Red.)

Der englische Grubenarbeiterstreik.

London, 5. März. Herr Hardie erklärte nach den Erörterungen Asquiths im Unterhaus seine Auffassung über den Ausstand sei folgende: Die Grubenarbeiter haben gewonnen. Die ministerielle Erklärung bedeutet, daß die Regierung anerkannt hat, daß die Mindestlohnstala, welche in jedem Bezirk von dem Grubenarbeiterverband aufgestellt worden ist, vollständig gerecht, fertig und gemäßig ist. Was wird nun geschehen? Montag oder Dienstag nächster Woche wird Asquith die noch zögernden Grubendirektoren empfangen und ihnen mitteilen, die Regierung erkenne die Forderungen der Arbeiter als gerechtfertigt an, und sie auffordern, die Forderungen der Arbeiter auch ihrerseits anzuerkennen, widrigenfalls ein Gesetz eingebracht werde, wodurch die Grubenbesitzer gezwungen werden, die neue Lohnstala anzuerkennen.

London, 5. März. (Eigener Drahtbericht der „Volkstimme“.) In Wales und einigen Distrikten von Nordengland gehen die Preise der Lebensmittel bereits bedenklich in die Höhe. Im Osten von London ist der Brotpreis bereits um 10 Pf. gestiegen. Der Kanalverkehr zwischen Colchester und Boulogne ist eingestellt.

Wahlrechtsdemonstration in Budapest.

Budapest, 5. März. Die Sozialdemokraten veranstalteten gestern einen Demonstrationzug zugunsten des allgemeinen Wahlrechts, an dem sich etwa 35 000 Personen beteiligten.

Charlottenburg, 5. März. (Eig. Drahtb. d. „Volkst.“) Der in der Bayreuther Straße wohnende 58 Jahre alte Kaufmann Albert Wiedelsdorf und seine 2 Jahre jüngere Frau verhafteten sich mit Leuchtgas.

Wettervorhersage.

Mittwoch den 6. März: Böig, veränderlich, Niederschläge in Schauern, Älter.

Bestbewährte gesunde und magen-darmkranke Nahrung für: **Kufeke** sowie schwächliche in der Genuß zurückgebliebene Kinder.

Lang & Münzer

Nur soweit Vorrat 51a Breitweg 51a

Große Schneidererei-Woche

zu besonderen Extra-Preisen!

Futterstoffe

Ia. Jakonett weiß, schwarz, grau jetzt Meter 20 Pf.
 Taillenfutter zweiseitig . . . jetzt Meter 39 Pf.
 Alpaka in schwarz und farbig für Rockfutter . . . jetzt Meter 48 Pf.
 Ia. Rolltwill ca. 85 u. 100 cm breit, schwarz, weiß, grau jetzt Meter 60 und 42 Pf.
 Ia. engl. Rolltwill weiß, grau, schwarz, 100 cm breit, elegante weiße Qualität . . . jetzt Meter 80 Pf.

Kragenstütz-Stübchen

fleischfarben, doppelt 5, 6, 7 cm hoch Wert 12 Pf. jetzt 2 Stk. 3 Pf.

Samt-Rockstoss

jährig geschnitten, 5 1/2 cm breit, schwarz und farbig jetzt Meter 28 Pf.

Nähseide

— Kreuzwidel — schwarz und farbig 25-Meter-Rolle Rolle 1 Pf.

Druckknöpfe

Koh-i-noor Pryms Zukunft Duzend 8 Pf.

Maschinen-Garne

Göggingen u. Ackermann Obergarn 1000-Yard-Rolle 25 Pf.
 Göggingen u. Ackermann Untergarn 1000-Yard-Rolle 15 Pf.
 Göggingen u. Ackermann 200-Yard-Rolle 5 Pf.
 Göggingen u. Ackermann 80-Yard-Rolle 3 Pf.
 Göggingen u. Ackermann 200-Yard-Rolle 5 Pf.

Nur Einzelverkauf.

Tailen-Verschlüsse

weiß, grau, schwarz, mit 12 Haken Stück 4 Pf.
 mit Fischbeineinlage, weiß, schwarz, grau, mit 12 Haken Stück 6 Pf.
 Doppelstoff, mit Fischbeineinlage und 14 Haken, weiß, schwarz und grau Stück 10 Pf.

Weiß Leinenband-Goldretord

Breite 1/5-1 Stück = 5 Meter jetzt 8 Pf.
 Breite 1 1/2-6 Stück = 5 Meter jetzt 12 Pf.

Strumpfhalter

Serie I aus Ia. Trägergummiband, mit festem Halter, in vielen Farbh. jetzt 38 Pf.
 Serie II aus Ia. Rüschen-gummiband, mit festem Halter, in vielen Farben jetzt 38 Pf.
 Serie III aus Ia. Seidenrüschen-Gummib., in aparten Farben, m. Ia. Versch. Wert 1.25 jetzt 70 Pf.

Schuhwaren

kauft man jetzt zur Einlegung zu außergewöhnlich billigen Preisen. Die Preise hier angegeben, ist überaus billig.
 Heinrich Myrthes Kaufhaus für Fußbekleidung
 Breitweg 129, gegenüb. d. Katharinenkirche.

Ist Ihr Fahrrad reparaturbedürftig?
 Näht Ihre Nähmaschine nicht?
 so senden Sie dieselben an
A. ROSE
 Magdeburg, Breitweg 264

Waschen Sie schon Kluges

Seifensulmiak?

Möbeltransport

für Stadt und Land per Bahn ohne Umladung empfiehlt
Wilhelm Eigenwillig jun.
 Zudenburg, Halberstadt, S. L. 100, Tel. 5814. Persönl. Ausföhrung.

Auf Teilzahlung Möbel

Polsterwaren, Betten
 Kompl. Wohnungs-Einrichtungen
 Kleine Anzahlung! Beseitigen Teilzahlung!
H. Friedländer
 Magdeburg, Breitweg 118, L.

Neu aufgenommen!
Hasblumen und ungemierte Hüte
 in grosser Auswahl zu billigsten Preisen.
Minna Hobohm
 — Straüßedern-Verkauf —
 Annsstraße 45, L. 1094 Annsstraße 45, L.

Dr. Thompson's Seifenpulver

(Schutzmarke Schwan)
 ist garantiert frei von Chlor, Wasserglas und sonstigen scharfen Bestandteilen, daher für die Wäsche
unschädlich

Haben Sie schon meine Herren,
 elegante Anzüge u. Paletots
 Meiner Herren,
 elegante Anzüge u. Paletots
 Meiner Herren,
 elegante Anzüge u. Paletots
Carl Aug. Brück
 Schneidermeister
 Markgr. Schönebecker Str. 29/30
 Eingang Gärtnerstraße.

Singer-Nähmaschine, tabellos gut nähend, 15 Mk. Goeke, Goldschmiedebrüde 5, L. 1090
 Prachtvoll, unfehlbar, billig u. v. Bahnhofsstraße 15, I, links, am Bahnhof.

Tapeten

kaufen Sie bei uns konkurrenzlos billig
 Wir haben nur neue, moderne Tapeten!
 Wir haben eine große Auswahl!
 Wir sind am billigsten!
 Wir sind am leistungsfähigsten, denn wir haben eine eigene Tapetenfabrik!
Cremers Tapetenhaus
 Gesellsch. m. beschr. Haftung
 Grosse Münzstrasse 2 :: Telephon 5240
 Nicht im Ring.
 Zweiggeschäfte: Breslau, Leipzig, Chemnitz, Stettin, Hamburg, Halle, Schönebeck.

2. Beilage zur Volksstimme.

Mr. 55.

Magdeburg, Mittwoch den 6. März 1912.

23. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

19. Sitzung.

Berlin, 4. März, nachm. 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück.

Stat des Innern.

6. Tag der Generaldebatte.

Abg. Wetterlé (Elf.) geht zunächst auf die jüngsten Vorgänge im elsass-lothringischen Landtag ein und führt aus, daß die Streichung des Dispositionsfonds und kaiserlichen Gnadenfonds durchaus gerechtfertigt gewesen sei. Das jetzige Provisorium in der Frage des Staatsoberhauptes müßte zu Schwierigkeiten führen.

Präsident Kämpf mahnt den Redner, sich an den Stat zu halten.

Abg. Wetterlé: Von einem Teil unserer Beamten ist die Sozialdemokratie in unzulässiger Weise gefördert worden. Daß der Bezirkspräsident von Püttkamer beim Kaiser-Essen in Kolmar sagte, er habe mit voller Ueberzeugung einen Sozialdemokraten gewählt, würde ich noch hingehen lassen. An die Beamten ist aber wenige Tage vor der Wahl ein Zirkular ergangen, in dem höhere Beamte erklären, nach eingezogenen Erläuterungen an maßgebenden Stellen stehe fest, daß die Beamten ruhigen Gewissens für die Sozialdemokratie stimmen könnten. (Hört, hört!) Das ist ein unerlaubter Druck, eine unerlaubte Wahlbeeinflussung. (Sehr richtig! rechts.) Der Unterzeichner dieses Zirkulars, Uhland, ist vom Kaiser zum Mitglied der Ersten Kammer ernannt worden. (Hört, hört! rechts.)

Abg. Mumm (Wirtsch. Bg.): In der Wohnungsfrage steht uns ein gewaltiges Kapitel an Arbeitskraft bevor. Ich empfehle die Annahme unserer Resolution dazu. Wenn das Reich würde es ein großes Werk tun. Eine zweite Resolution unserer Fraktion fordert ein neues Arbeitsrecht. Wir, wie die Mehrheit des Hauses sind ja erfreulicherweise nicht für eine Einschränkung des Koalitionsrechts. Eine dritte Resolution fordert weitergehenden Schutz der jugendlichen Arbeiter. Dann bitten wir auch um Annahme der Resolution, die die Anmierzneipen unterdrücken soll. Dem Reichskanzler wird man es wünschen müssen, daß er sich im Kampfe gegen die Großbanken als ein harter Landgraf erweisen möge. Graf Kosjadowitz sprach von solonischer Weisheit. Solons Weisheit war der Kampf gegen den Kapitalismus. Da kann man allerdings dem Kanzler nur solonische Weisheit wünschen. (Heiterkeit.)

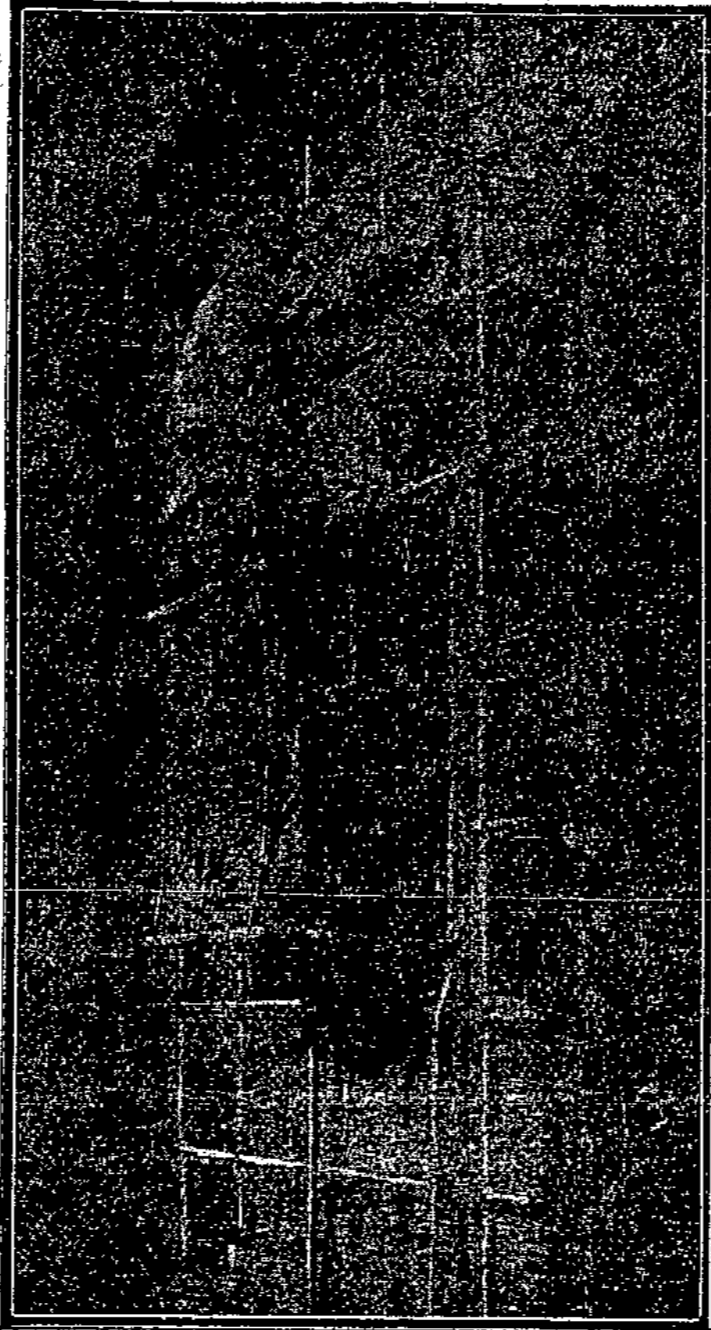
Ministerialdirektor Caspar (auf der Tribüne schwer verständlich) äußert sich über die Regelung der Arbeitszeit in den Kantoren. Die Regierung sei gewillt, da zuzugreifen, wo sich Uebelstände herausstellen sollten.

Abg. Werner (Antij.) ersucht den Staatssekretär, dafür zu sorgen, daß die Güterschlächter sich nicht von der Wertzuwachssteuer drücken können, wie dies bisher vielfach geschehen sei. Angehts der letzten Ereignisse in Hessen müsse die Bevölkerung mehr als bisher vor der Rigeunerplage geschützt werden. Der Redner spricht sich weiter für eine Beschränkung der Wanderlager aus. Der § 100q der Gewerbeordnung müßte beseitigt und den Zwangsinnungen das Recht zur Festsetzung von Mindestpreisen gegeben werden. Den Warenhäusern müsse mit einer schärferen Reichswarenhäusersteuer entgegengetreten werden. Ein größerer Schutz der Arbeitswilligen sei unerlässlich. Eine weitere Einschränkung der Sonntagsverkaufszeit dürfe nicht vorgenommen werden. (Beifall rechts.)

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Ich habe den Eindruck, daß das Maß der Anfragen und Anregungen, die bei dem Titel meines Gehalts gedauert werden, in diesem Jahre noch erheblich größer ist als sonst. Ich werde mich heute darauf beschränken, über allgemeine wirtschaftlich-politische Fragen zu sprechen und behalte mir vor, auf die Wünsche des Mittelstandes in einer besondern Rede morgen einzugehen. Die in ihren wesentlichen Punkten zutreffenden Ausführungen des Abgeordneten Mayer haben ergeben, daß die günstige Situation, die unsere wirtschaftliche Entwicklung im Laufe des Jahres 1911 bis zum vorigen Herbst gezeigt hat, nicht abgeflaut ist, sondern daß wir uns nach wie vor in einer langsamen, aber stetigen Auf-

wärtsbewegung auf fast allen Gebieten befinden. Der Abgeordnete Mayer hat anerkannt, daß unsere Wirtschaftspolitik eigentlich durchweg von Erfolg begleitet gewesen ist; ich möchte dabei aber zweierlei feststellen: Unsere Wirtschaftspolitik hat zwei erhebliche Belastungsproben durchmachen müssen, das eine war die Dürre des vergangenen Sommers mit ihren Folgen, das andre die während mehrerer Monate scharf gespannte Lage der auswärtigen Politik. (Hört, hört!) Beide Belastungsproben hat zweifellos unser Wirtschaftsleben gut ertragen, und das ist ein weiterer Beweis dafür, daß unser Wirtschaftsleben in der Hauptsache auf gesunden Grundlagen beruht. Wir dürfen uns



Arbeiterschau.

Beim Puken der Fenster und besonders der großen Fabrikfenster passiert sehr oft Unglück, indem die Puken durch Ausgleiten hinabstürzen. Durch einen Ernt, wie ihn unser Bild zeigt, ist es möglich, daß der Puken bequem und vollständig gegen Unfälle geschützt hinaustraten und seine Arbeit verrichten kann. Der Ernt läßt sich zusammenklappen oder auch leicht vollständig beseitigen.

dabei darüber aber nicht täuschen: der Abschluß des Jahres 1911 wird kein ganz normaler sein, denn die starke

Einfuhr an Nahrungs- und Lebensmitteln,

die als eine Folge der Dürre unabwendbar eintreten mußte, hat natürlich unsere Jahresbilanz abnormal beeinflusst und wird sie voraussichtlich noch weiter beeinflussen.

Die Lage unseres Geldmarktes ultimo September und Dezember hat zweifellos gezeigt, daß unsere Bank- und Handelswelt fähig gewesen ist, über die Schwierigkeiten hinwegzukommen, die ihr die äußere Politik bereitet hat. Man wird anerkennen

müssen, daß die Leistungen unserer Reichsbank von Erfolg begleitet gewesen sind. Auch diese Vorgänge haben erneut die Frage an uns herangetragen, ob unsere Großbanken in Zeiten schwerer Erschütterung unter allen Umständen das Maß von sofort greifbaren Mitteln gewährleisten, was erforderlich ist, um außerordentlichen Erschütterungen zu begegnen. Alle berufenen Instanzen haben diese Frage mit äußerster Aufmerksamkeit und Sorgfalt verfolgt, und wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß jedenfalls zurzeit auf diesem Gebiete ein geschehertisches Eingreifen nicht notwendig ist. Zunächst ist es der Energie und Fähigkeit des Reichsbankpräsidenten gelungen, ohne Zwangsmassnahmen den erforderlichen Einfluß in dieser Richtung auf die Banken auszuüben. Man wird also vorläufig mit Ruhe der Entwicklung entgegensehen und abwarten können, was die Tätigkeit der Reichsbank auf diesem Gebiet in der nächsten Zeit weiter erreichen wird. Obwohl man vielleicht der Meinung sein kann, daß wir alles in allem in Deutschland noch etwas stark und hochgespannt arbeiten, wird man doch nicht in Worte stellen können, daß das Gesamtbild unserer wirtschaftlichen Entwicklung ein glänzendes ist. Wenn das der Fall ist, so fehlt natürlich ein greifbarer Anlaß, einen Wechsel in unserer Wirtschaftspolitik, in unserer Politik des Schutzes der nationalen Arbeit einzutreten zu lassen. Im großen und ganzen hat sich der Zolltarif bewährt. Er hat sich bewährt in seiner Systematik, in bezug auf seine technische Anwendbarkeit, und er hat sich bewährt insofern, als er zweifellos einen wirksamen Schutz unserer nationalen Arbeit geboten hat. Unter diesen Umständen würde man im Ernst nicht daran denken können, wesentliche Änderungen im Maße des Schutzes nach oben oder nach unten einzutreten zu lassen. Im Gegenteil, wir werden bestrebt sein, den jetzigen Stand zu halten. Damit fällt natürlich jede Notwendigkeit, einen neuen Zolltarif aufzustellen, was man hier und da angenommen hat. Es kann sich auf diesem Gebiet nur handeln um eine Revision im einzelnen, technische Unebenheiten im Aufbau des Tarifes zu beseitigen, einzelne wirtschaftliche Unvollkommenheiten aufzuheben und zu prüfen, ob etwa die allgemeinen handelspolitischen Beziehungen die Erfahrungen, die wir beim Abschluß unserer letzten Handelsverträge gemacht haben, uns nötigen, unsere handelspolitischen Bestimmungen in diesem oder jenem Punkte zu verbessern oder zu erweitern.

Die Änderungen des Tarifs könnten zurückgeführt werden auf Verschiebungen in den Produktionsverhältnissen in den einzelnen Ländern, sie könnten notwendig werden durch Veränderungen in der Technik, in dem Bedarf und in den Bezugsquellen von Rohprodukten, die wir aus andern Staaten beziehen. Auch die veränderte Wirtschaftspolitik anderer Staaten kann uns nötigen, in diesem oder jenem einzelne Änderungen vorzunehmen. Im großen und ganzen handelt es sich darum, den Zolltarif auf der Gegenwart zu halten. Gerade wenn man an der bewährten Zoll- und Wirtschaftspolitik festhalten will, muß man sich davor hüten, daß das Instrument einer solchen Politik, der Zolltarif, unmodern wird. Andre Staaten haben gesetzlich festgelegt, daß ihr Tarif alle 5 Jahre revidiert werden muß. Bei uns muß der Zeitpunkt für eine derartige Modernisierung des Tarifs nach andern Gesichtspunkten bestimmt werden.

Es ergibt sich für uns naturgemäß, daß wir bestrebt sein müssen, die notwendigen Veränderungen und Verbesserungen an unserem Tarif vorzunehmen, bevor die neuen Handelsverträge kommen. Die Auffassung ist also vollständig berechtigt, daß unser Reichstag wichtige Beschlüsse auf dem Gebiet der Handelsverträge zu fassen hat. Diese Tatsache hat verschiedenen Parteien Veranlassung gegeben, die Regierung zu fragen, was sie zur Vorbereitung der neuen Handelsverträge zu tun gedenke. Diese Mahnungen waren nicht notwendig. Wir sind seit mehr als 3 Jahren unablässig mit den Vorbereitungen für den Abschluß der Handelsverträge, die im Jahre 1917 ablaufen, beschäftigt. Zunächst bleibt die Materie in Fluß, solange noch neue Handelsverträge abgeschlossen werden. Neben dem wirtschaftlichen Ausschuss benutzen wir das Mittel der Produktionserhebungen, die seit über 3 Jahren wieder in vollem Gange sind und mindestens in dem bisherigen Umfang fortgesetzt werden sollen. Wir glauben, daß wir in der Lage sein werden, auf diesem Wege dasjenige Material zu schaffen, das erforderlich sein wird, um die zahlreichsten Wünsche einzelner Interessentengruppen wie die der Handelsstage, des Zentralverbandes der Industriellen und vieler anderer Vereinigungen zu prüfen und eventuell zu ergänzen.

Wagnis.

Roman von Margarete Böhme.

(59. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Josua drückte Agnes die Hand. Sie sah ihm mit einem verstockten, höhnischen Lächeln nach. Ob sie den Brief gelesen! Sie hatte eine Weile gezögert, was sie mit dem Wisch, der, als Frau Genni ohnmächtig wurde, auf den Teppich flog, beginnen sollte. Die Diensthofen brauchten ihn nicht gerade zu lesen. Als sie noch überlegte, hörte sie, vom Boudoir aus, die Droßche vorfahren und sah Josua Müllenmeister aussteigen. In diesem Augenblick war ihr Entschluß gefaßt. Er sollte ihn lesen. Das war die Quittung für die Standrede, die er ihr damals gehalten, für das Mißtrauen, das er ihr — sie fühlte es wohl — immer noch seit der Zeit entgegenbrachte. Möchte er wissen, daß man, wenn man selbst ein Skelett im Hause hat, nicht allzu schartig gegen andre sein soll. . . . Trotzdem klopfte ihr doch das Herz, als er die Treppe hinaufstieg. Am liebsten wäre sie fortgelaufen, aber da Josua Müllenmeister den Befehl gegeben hatte, das Automobil für sie fahrbereit zu machen, mußte sie wohl oder übel aushalten.

Sie horchte aufgeregt nach oben. Josua Müllenmeister ging in das Schlafzimmer seiner Frau, jedenfalls um nach der Kranken zu sehen. Agnes senkte. Ein rasendes, angstvolles Herzklopfen benahm ihr plötzlich den Atem.

Ihre besseren Instinkte gewannen die Oberhand. Sie wünschte lebhaft, den Brief vernichtet zu haben. . . . Was würde geschehen. . . . Es war schrecklich. . . . Einer impulsiven Eingebung folgend, flog sie die Treppe empor. . . . Ehe Josua Müllenmeister das Boudoir seiner Frau betrat, mußte der Brief fort. . . . Er durfte ihn nicht finden. . . .

Gennis Schlafzimmer war schwach von einer elektrischen Nachtlampe erhellt. Am Bett saß die Wirtschafterin, eine ältere Person, und bewachte den Schlaf ihrer kranken Herrin.

Genni schlief den Schlaf der Erschöpfung. Auf dem

regelmäßigen, porzellanweißen Gesicht lagen tiefe Schatten, aber sie atmete ruhig.

Auf den Fußspitzen, wie er gekommen, ging Josua wieder hinaus. Nachdem er sich von dem ruhigen Schlaf seiner Frau überzeugt hatte, wich das einflimmende Gefühl von ihm. Die Hoffnung auf einen neuen Erben oder eine Erbin hatte ihm von Anfang an wenig Freude gemacht; wenn er ehrlich sein wollte, weckte diese Wendung beinahe eher ein Gefühl der Erleichterung, als das einer schmerzhaften Enttäuschung in ihm.

Dann ging er hinüber in ihr Boudoir, um sich von dem Inhalt des Rohrpostbriefes, der vielleicht direkt oder indirekt Anlaß zu der Katastrophe gegeben hatte, zu überzeugen.

Die Tür stand angelehnt, drinnen flammte eben die elektrische Deckenbeleuchtung auf. Verwundert blieb er sekundenlang auf der Schwelle stehen, um mit einem Satz auf Agnes zuzufahren.

„Was soll das heißen, Agnes? Wollen Sie die Güte haben, mir den Brief — es ist doch der bewußte Rohrpostbrief, den Sie sich da eben nahmen — zu geben? Bitte! Geben Sie ihn her!“

„Nein, nein, bitte, lassen Sie mir ihn doch,“ sagte Agnes, „das ist. . . das betrifft mich. . . ist ein Scherz. . . ich möchte nicht. . . bitte, bitte. . . nein, ich gebe den Brief nicht, er gehört Ihrer Frau. . .“ Sie brach zitternd unter dem festen, zwingenden Blick, der sich auf sie richtete, ab und knüllte den Brief fest in der Hand zusammen. Statt der Antwort nahm Josua ihren schlaff hinter dem Rücken hängenden Arm, drückte ihr die Finger auseinander und nahm den Brief an sich.

„Ich bin sonst nicht neugierig, aber Ihr Benehmen ist so verdächtig, daß ich jetzt unter allen Umständen wissen will, was dieser ominöse Rohrpostbrief enthält. . . . Außerdem konstatiere ich, daß Sie mich vorhin, als Sie behaupteten, den Inhalt nicht zu kennen, wieder angelogen haben; Sie wissen, wie ich darüber denke. . .“

„Ich kann doch nichts dafür; bitte, bitte, geben Sie ihn mir doch ungelesen zurück.“ Sie warf sich gegen seinen

Arm, um ihm den Brief zu entreißen. Josua stieß sie heftig zurück. „Was fällt Ihnen ein, Agnes? . . . Meine Geduld ist jetzt zu Ende. Da bin ich ja wirklich gespannt.“

Er zog das Briefblatt aus dem Kuvert und faltete den Briefbogen auseinander. Mit einem leisen Aufschrei flog Agnes förmlich auf und aus dem Zimmer, die Treppe hinunter. Unten blieb sie eine Minute stehen und lauschte unter rasendem Herzklopfen nach oben. Als alles ruhig blieb, schlich sie durch das Vestibül zur Tür. Draußen blubberte das Automobil bereits.

Agnes verwünschte lebhaft ihre Racheanwandlung; die Tragweite ihrer Handlungsweise reichte sich plötzlich wie ein drohendes Gespenst vor ihr auf und quälte sie mit allerhand schreckhaften und drohenden Vorstellungen. Sie bekam in dieser Nacht keinen Schlaf.

Josua Müllenmeister auch nicht. Bis in den aufgrauenenden Morgen wanderte er, das inhaltsschwere Blatt in der Hand, in seinem Zimmer auf und ab.

Und nachdem er da im ersten Augenblick am offenen Fenster gestanden und in aufstöhnendem Grimme den seidenen Vorhang, in den er mechanisch gegriffen, zerrissen hatte, nachdem seine Gedanken sich eine Weile wie toll im Kreise gedreht und sich nahezu überschlagen hatten, war ihm allmählich wieder die Klarheit des Empfindens und damit die Fähigkeit, logisch und nüchtern zu erwägen, zurückgekehrt.

Er legte die Hand an die Stirn und fragte sich, wo er bislang seine Augen gehabt hatte, daß ihm erst dieser kleine, verhängnisvolle Rohrpostbrief, in dem Eduard van Hoolten sich unmittelbar vor seiner Abreise nach Norwegen von seiner Geliebten verabschiedete, über die Natur der Beziehungen seiner Frau zu dem jungen Lebemann aufklären mußte.

Anschließend war die Nachricht Genni vollständig über die Hand gekommen.

„Ich kann Deine Qualereien nicht mehr ertragen, Henny mia,“ schrieb er, „deshalb reise ich auf unbestimmte Zeit fort. Wenn ich im Herbst oder noch später wieder-

Die Ersetzung der Kleinbetriebe bei diesen Produktionsverhältnissen gestaltet sich freilich erheblich schwieriger als die der Großbetriebe. Wir werden hierbei andere Wege einschlagen müssen und hoffen auf die Unterstützung der Interessentenverbände dabei. Es wurde angeregt, es möchte eine öffentliche allgemeine Enquete auf Kontraktualistischer Grundlage über die Ergebnisse unserer bisherigen Wirtschaftspolitik angestellt werden, und mit dieser allgemeinen Enquete hofft man dann, die Verbände für die neuen Handelsverträge und für die weitere Orientierung unserer Wirtschaftspolitik zu gewinnen. Ich halte diesen Weg nicht für gangbar (Sehr richtig! rechts) aus einem guten, einfachen, unüberleglichen Grunde. Kein Geschäftsmann wird die letzten Geheimnisse seines Betriebs in öffentlicher Verhandlung allgemein bekanntgeben. (Sehr richtig!) Wir sind genötigt, das Material, das wir im Wege der Produktionsverhältnisse gewinnen, und das wir dem Wirtschaftsausschuss vorlegen, auf das sorgsamste zu sekretieren. Das Material geht bei mir im Amt nur von Hand zu Hand, es ist nur dem betreffenden Referenten zugänglich, und es wird zu einem erheblichen Teile vernichtet, sobald es seinem Zwecke gedient hat. Es kann nicht Diskussionsmaterial für öffentliche Versammlungen sein. (Sehr richtig! rechts.) Weiter wurde angeregt, daß wir beim Abschluß der Handelsverträge

Abmachungen sozialpolitischer Natur

aufnehmen sollten, dergestalt, daß die vertragsschließenden Teile die Arbeiter in sozialpolitischer Beziehung möglichst gleich behandeln. Welchen Erfolg diese Bemühungen künftig haben werden, kann ich nicht sagen. Wir haben den Weg bereits beim schwebenden Handelsvertrag beschritten, der Anlässe zu derartigen Vereinbarungen enthält. Wenn wir auch nach 80 Jahren feststellen können, daß unsere Wirtschaftspolitik eigentlich alle Zweige der Produktion gut entwickelt hat, so dürfen wir uns darüber nicht täuschen, daß die Verhältnisse bei uns und im Ausland heute anders liegen als vor 80 Jahren. Eins der wichtigsten Momente ist die Entwicklung unserer Industrie. Unsere Wirtschaftspolitik hat die Aufgabe, nicht mehr wie vor 80 Jahren den inneren Markt zu schützen, sondern den äußeren Markt zu bewahren, der Konkurrenz des Auslandes im Ausland zu begegnen. (Sehr richtig!) Zu einem Wechsel unserer Wirtschaftspolitik haben wir jedenfalls keinen Anlaß. Ein Herabsetzen unserer Zölle würde uns gar nichts nützen Staaten gegenüber, die ihre nationalen Güterquellen selbst entwickeln wollen; diese würden ihre Zölle auch nicht um einen Pfennig herabsetzen. Wir sehen ja, wie England infolge seines Freihandels genötigt ist, sich von andern Ländern einfach alles gefallen zu lassen. Die veränderten Verhältnisse zwingen nur zu der Frage, ob die Technik unseres Volkstums auf der Höhe ist, ob er in den wirtschaftlichen Kämpfen als Nützling allen Anforderungen entspricht.

Es ist gefragt worden, ob es nicht besser sei, an Stelle der Meißbegünstigungsverträge Neuzugangsverträge im Sinne der amerikanischen Handelspolitik treten zu lassen, aber nur die Meißbegünstigungsverträge gebühren, soweit unsere handelspolitischen Beziehungen mit den europäischen Kulturländern in Frage kommen, die Sicherheit, daß wir mit gleichen Waffen im Ausland kämpfen. Die handelspolitischen Verhältnisse zwischen Deutschland und Amerika beruhen auf keinem Vertrag. Sie sind durch diplomatische Verhandlungen autonom geregelt, sind nicht langfristiger Natur und können rasch geändert werden. Amerika hat uns gegeben, was damals bei uns Meißbegünstigung hieß, einen sogenannten Minimallohn, während wir Amerika unsern Vertragsstarik gegeben haben. Inzwischen habe Amerika das Abkommen mit Kanada an; wäre es in Kraft getreten, so wäre nicht nur Deutschland, sondern eine ganze Reihe anderer europäischer Staaten Kanada gegenüber differenziert worden. Wir wollen abwarten, ob das Abkommen zustande kommen würde, das ist bekanntlich nicht geschehen. Die Vereinigten Staaten haben nun aber, ohne Rücksicht darauf, daß das Abkommen abgelehnt worden ist, einen Teil ihrer Tarifermäßigungen Kanada gegenüber in Kraft treten lassen. So sind wir Kanada gegenüber jetzt differenziert in bezug auf Holzstoff, Papier und Zucker. Wir haben remontriert und die Verhandlungen stehen noch. Die neuen Zugeständnisse, die wir durch Handelsvertrag Schweden und Japan gewährt haben, konnten wir Amerika verweigern. Des alles ist ein Spielball, wie sich die handelspolitischen Verhältnisse zwischen zwei Ländern regeln, die keinen Handelsvertrag abgeschlossen haben.

Kann zu den Syndikaten, die sich besonders leicht in Ländern mit Schutzoll entwickeln. (Hört, hört! links.) Ich muß sagen, daß die Syndikate manche Gefährden politischer und wirtschaftlicher Natur mit sich bringen. Durch die Syndikate hat die Monopolgewalt ein völlig anderes Gesicht bekommen. Früher wurden Staatsmonopole aus Gründen wirtschaftspolitischer und politischer Natur auf äußerste verteidigt. Wir haben aber in

den Syndikaten wirtschaftliche Gebilde vor uns, die den Charakter eines Privatmonopols annehmen können. Ich persönlich halte Privatmonopole unter Umständen für gefährlicher als Staatsmonopole. Namentlich in einem konstitutionell regierten Lande wie Preußen; wo der Landtag kontrolliert. (Ma mal links, Heiterkeit.) Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß wir allmählich gezwungen werden, Privatmonopole in Staatsmonopole zu verwandeln. (Hört, hört! b. d. Soz.) Aber ich habe den Eindruck, als wenn wir für diese Erkenntnis noch nicht reif sind. (Zuruf b. d. Soz.: Sehr innreich! Heiterkeit.) Auch die Herren von der äußersten Linken werden die Wichtigkeit der Syndikate für die wirtschaftliche Entwicklung nicht verkennen. Die Ausgliederung der Betriebsmittel und des Angebots führt zur vollkommeneren Ausnutzung der Betriebsmittel, zur Stabilisierung der Preise und damit der Löhne. Das ist wichtig namentlich für die Kohlenproduktion. Solange die Syndikate ihre Monopolstellung nicht mißbrauchen, haben wir keinen Anlaß, gegen sie einzuschreiten. Uebrigens fehlt uns auch die Macht dazu. Ein allgemeines Syndikalgesetz halte ich für aussichtslos; nur auf dem Wege des Spezialgesetzes kann dort, wo es notwendig wird, erfolgreich eingeschritten werden. Allerdings verlockt das Kaligesez nicht zu weiteren Experimenten auf diesem Gebiete. Seine Wirkung entspricht den Hoffnungen nicht, die wir daran geknüpft haben. Ich will nicht erörtern, wen daran die Schuld trifft. Wir haben es allerdings auch nicht so vorgelegt, wie es schließlich geworden ist. Hauptsächlich wird das Kaligesez auf die andern Syndikate so ein, daß sie alles tun, um eine ähnliche Reglementierung bei ihnen zu vermeiden. Das Kohlen-syndikat und der Stahlwerksverband sind eine Stütze unserer wirtschaftlichen Organisation, die wir nicht verfallen lassen dürfen. Ich halte es für richtig, daß der preussische Fiskus dem Kohlen-syndikat beigetreten ist. Wenn darauf hingewiesen wird, daß mit dem Eintritt des Fiskus die Kohlenpreise gestiegen sind, so will ich nur feststellen, daß diese Steigerung der Konjunktur entspricht. So unbedeutend die Produzenten sein mag, so wünschenswert ist sie, weil nun die Löhne der Konjunktur angemessen gestaltet werden. (Wahol i. Str. u. rechts.)

Abg. Sacke (Soz.):

Der Staatssekretär hat behauptet, daß in diesem Jahre mehr Anregungen und Wünsche als sonst aus dem Hause an ihn gerichtet worden sind. Er darf nicht vergessen, daß die Wahlen gerade erst hinter uns liegen, und daß dabei die bürgerlichen Parteien ihren Wählern viel Versprechungen gemacht haben. Die Wähler hatten ihnen das Gewissen geschärft, deshalb ihre vielen Resolutionen und Initiativanträge. Ich möchte den Staatssekretär bitten, den Wünschen des Volkes mehr nachzukommen. Der Staatssekretär hat weiter betont, daß Deutschland seine Aufmerksamkeit darauf lenken müsse, sich den Außenmarkt zu erhalten und neue Absatzgebiete zu erobern. Am erfolgreichsten könnte das geschehen wenn wir mit unserer Wirtschaftspolitik einlenken wollten. (Sehr richtig! links.) Man spricht von den Folgen unserer allbewährten Wirtschaftspolitik. Wären Sie auf einen sachliche und schließliche Textil-Industrie, sie kommt aus den Erzeugnissen gar nicht mehr heraus. Der Staatssekretär hat sich als Freund des Staatsmonopols bekannt. Aus unsern Reihen sind wiederholt Stimmen laut geworden, die die Verstaatlichung der Ralt- und Kohlenproduktion gefordert haben, weil diese wichtigen Produkte nicht der Privatausbeutung überlassen bleiben dürfen. Selbstverständlich verlangen wir Garantien für die Arbeiter. Die Bergarbeiter müssen Minimallöhne erhalten, sonst kommt es auch bei uns zu Kämpfen wie in England. Das unbedingte Koalitionsrecht muß ihnen garantiert werden. Bei der staatlichen Eisenbahn sind sie rechtloser als bei manchen Schwarzmachern. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Bevor ich eine Anzahl Wünsche der Bergarbeiter vortrage, möchte ich mich mit einigen Rednern aus dem Hause beschäftigen. Herr Werner hat das alte Stedenpferd der Konfessionierung des Flächensicherhandels geritten. Damit soll dem Mittelstand geholfen werden. Dem einen gibt, dem andern nimmt man aus demselben Mittelstand. Es ist gewiß besser, wenn die Arbeiter nicht gezwungen werden, ins Wirtshaus zu gehen, sondern zu Hause ihre Plätze hier trinken können. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Abg. Sojinski hat Klagen über

die Handhabung des Vereinsgesetzes in Oberschlesien

vorgebracht. Wir können sie bestätigen und hinzufügen, daß auch im Saganer Revier versucht wird, die Gewerkschaften als politische Vereine zu behandeln. Ein besonders krasser Fall hat sich während der Wahlbewegung in Striegau ereignet. Dort war am Tage vor der Stichwahl eine Wählerversammlung einberufen und durch Handzettel hierzu eingeladen. Der Polizei-Inspektor hörte sich die Reden eine Zeitlang an und sagte dann: Hier wird politisch ge-

sprochen, ich löse die Versammlung auf. (Heiterkeit links.) Die Führer gingen zum Bürgermeister, der sich in einer nationalen Versammlung befand und beschwerten sich über den Polizei-Inspektor. Dann berief sie eine zweite Versammlung ein. Der Inspektor kam wieder hin und löste wieder auf. Der Regierungspräsident, an den man sich beschwerend wandte, ließ die Auflösung nicht gut, aber er führte Gründe an, die wir nicht unüberprüfbar lassen dürfen. In seinem Schreiben sagte er, es sei nicht zutreffend, daß es sich um Versammlungen der Wahlberechtigten gehandelt habe, denn an der ersten aufgelösten Versammlung habe eine so große Anzahl von Frauen, also Wahlberechtigten, teilgenommen, daß man nur von einer öffentlichen politischen Versammlung sprechen könne, auf die die erleichternden Bestimmungen des Gesetzes für Wählerversammlungen keine Anwendung finden könnten. Gegen eine solche Auslegung des Gesetzes müßten wir protestieren. (Sehr richtig! links.) Bei der Beratung des Vereinsgesetzes ist ausdrücklich gesagt worden, daß eine solche Auslegung

rigorose Handhabung des Gesetzes

nicht gut geheißen werden könne. Verschiedene Redner haben wieder das alte Lieb von dem Terrorismus der sozialdemokratischen Organisationen angestimmt und den Schrei nach dem Schutze der Arbeitwilligen erschallen lassen. Außerhalb dieses Hauses ist das auch von den National-liberalen im schlesischen Landtag geschehen. Graf Carmer erklärte hier am Sonnabend, er hätte eine ganze Anzahl solcher Terrorismusfälle mitgeteilt bekommen, die infolge der Zuschriften hätten ihn aber bringen gebeten, ja ihren Namen nicht zu nennen. Ich habe mir damals den Zwischenruf erlaubt, das wären Feiglinge. Da wurde geantwortet, nein, die fürchten sich, weil sie sonst noch mehr terrorisiert werden. Arbeitgeber, Gendarmen und Schulleute sollen zu feig sein, ihren Namen zu nennen aus Furcht vor den Arbeitern, sind Sie denn wirklich so leichtgläubig? (Zuruf rechts: Über die Arbeiter?) Die Arbeiter, die solche Zuschriften senden, das sind Leute von echt gelebter Gesinnung, die sich lieb sind machen und sich einen Posten erschießen wollen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die wollen durch solche Märsche und solche Unmährheiten sich einen guten Namen machen und verschweigen ihren Namen, weil sie ihre Angaben nicht beantworten können vor dem Richter oder vor der Öffentlichkeit. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Wenn Sie mit Terrorismusfällen kommen, so kann ich Ihnen nur sagen, in keinem Betriebe sind die Terrorismusfälle der Arbeitgeber so häufig wie im Bergwerk. Auch der Abg. Sojinski hat Ihnen ja aus Oberschlesien solche Fälle vorgebracht. Bei untr Bergarbeiterbewegung spielt auch die Forderung eine Rolle:

Aufhebung der Sperrn.

Heute noch werden von den Unternehmern die Sperrn aufrecht erhalten, die dazu führen, daß ein Bergarbeiter, der auf seiner Grube aufhört, weil ihm vielleicht Lohnabzüge gemacht worden sind, auf keiner der benachbarten Gruben Arbeit erhält, weil er durch nachträgliche Abmachungen der Unternehmer gesperrt ist. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Die schwarzen Listen sind im Bergbau noch nicht beseitigt. Da haben Sie den Terrorismus der Arbeitgeber. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn Graf Carmer und die konterbative Partei über Terrorismus klagen, dann sollten sie auch gerecht sein und die „Deutsche Tageszeitung“ anklagen. Die hatte nämlich Ende Februar im Inzeratenteil einen Aufruf aufgenommen, in dem es heißt: „Die Unterzeichneten beabsichtigen einen Verband zu gründen zu dem Zwecke, nur von Unternehmern Arbeiten ausführen zu lassen, die sich verpflichten, keine sozialdemokratisch organisierten Maurer, Zimmerleute und Handlanger auf ihren Bauten zu beschäftigen.“ (Hört, hört! links.) Der Aufruf ist unterzeichnet vom Landschaftsrat von Herzberg-Rottin und vielen andern. Das ist doch der

organisierte Terrorismus gegen organisierte Arbeiter.

(Sehr richtig! links.) Wer so im Glashaus sitzt, soll uns doch nicht mit Steinen werfen. Auch die kleineren Beamten im Bergbau klagen über den Terrorismus der Unternehmer. Der Steigerband wird von den Arbeitgebern mit aller Macht zu erdrücken gesucht. Von den Stimmzetteln erhielten mehrere dort beschickte Steiger einen Brief des Inhalts, sie wären trotz dieses Verbots der Firma Mitglieder des Steigerverbandes geblieben, und es werde ihnen deshalb die Prämie für 8 Monate entzogen, und die Weichheitsgratifikation um die Hälfte verfürst. (Hört, hört! links.) Die Leute werden bedroht und zum Austritt aus ihrer Organisation gezwungen.

Freiherr v. Camp hat die Gehaftmachung der Arbeiter empfohlen, um sie vor dem Terrorismus der Sozialdemokraten zu wahren. Wie es auf diesen Arbeiterkolonien aussieht, das zeigt das Beispiel der Königsgrube, wo die Kohlenberwahrer von Stube zu Stube gegangen sind, und den Organisierten das Verbotsbuch abgenommen haben. Wer es nicht freiwillig abgab, der wurde dazu gezwungen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Auf die Bewohner solcher Arbeiterkolonien wird auch ein Druck dahin ausgeübt, daß sie Kostgänger halten müssen. In den Mietkontrakten verschiedener Häuser steht, daß der Mieter gezwungen wird, mindestens zwei oder drei Kostgänger zu halten. (Hört, hört! links.) Es werden sogar Prämien dafür bewilligt, und die Miete wird um so mehr herabgesetzt, je mehr Kostgänger der Mieter aufnimmt. Wir sollten uns im Reichstag aufpassen, um endlich das

Koalitionsrecht besser und freier auszubauen

und niemals daran rütteln zu lassen. Ich möchte Ihnen dringend empfehlen, unsere Resolution anzunehmen, die sich auf den Schutz der Arbeiter in den chemischen Fabriken, in den Glas- und Porzellanfabriken, in der Großindustrie, im Handel, Transport- und Baugewerbe bezieht. Die Resolution für die Privatangehörigen und die Arbeiter in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben wird von meinen Freunden noch näher begründet werden. Von den Gastwirtsgehilfen ist ein ganzer Bündel Wünsche gekommen. Aus dem Material geht hervor, wie notwendig ein weiterer Schutz auch für die Gastwirtsgehilfen und namentlich für die noch gar nicht geschützten Küchenarbeiter ist. Nicht nur freigezogene Gastwirtsgehilfen verlangen diesen Schutz, sondern Sie finden auch Petitionen von dem nationalen Gastwirtsgehilfenverband, der über dieselben unangenehmen Zustände klagt.

Der Staatssekretär und Abgeordneter Rumm haben über die Bergarbeiterlöhne und die Arbeitsverhältnisse gesprochen. Im preussischen Landtag ist heute von der gegenwärtigen Bergarbeiterbewegung gesprochen worden und dabei hat der preussische Minister Schaw ebenso wie der nationalliberale Abgeordnete Girsch (Essen) von den „Gebern“ gesprochen. Es wurde dort gesagt, man werde sich energisch den aufgehängten Massen gegenüberstellen. Es ist also nicht in Aussicht genommen, den berechtigten Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen. Das möchte ich dem Staatssekretär sagen: wenn Sie verhindern wollen, daß in den Bergwerksbetrieben große Störungen vorkommen, dann müssen die Arbeitgeber und Regierungen den

berechtigten Wünschen der Arbeiter

entgegenkommen. Nur so kann auf die Dauer der Friede erhalten werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Der Abgeordnete Mayer hat von der Steigerung der Bergarbeiterlöhne gesprochen, aber er macht das alte Kunststück, die jetzigen Löhne immer mit denen von 1886 zu vergleichen. Das war nämlich das Jahr, wo die Löhne den tiefsten Stand erreicht hatten und in manchen Gruben fast nur die Hälfte betragen von den Löhnen, die schon 1873 gezahlt wurden. Tatsächlich sind die Bergarbeiterlöhne seit 1907 erheblich gesunken. Dagegen haben sich die Einnahmen der Gruben kolossal erhöht. Der Redner belegt dies durch reiches statistisches Material. Daß der christliche Gewerksverein der Bergarbeiter sich unserer Lohnbewegung nicht angeschlossen hat, wird er vor sich selbst zu ver-

komme, hast Du Deine kritische Zeit hoffentlich hinter Dir und bist wieder zugänglich. Du warst bis dahin doch eine verständige Frau und wirst es auch wieder werden. Dazu gehört aber in erster Linie, daß Du wieder toleranter wirst. Ich versichere Dir nochmals aufs Wort, daß Deine Eifersucht auf die kleine raufige Ella bis jetzt völlig unbegründet war. Ich schicke diesen Brief per Koberhoff, weil Deine Schwester, die heute bei meinem alten Herrn souviert, zufällig meine Koffer hunderttragen ich, und es nicht ausgeschlossen wäre, daß sie noch heute abend zu Dir aufstehe, um Dir die Neuigkeit zuzutragen. Da sollst Du es wenigstens vorher wissen. Ich kenne Euch Frauen doch... meine Abreise ohne mündlichen Abschied wird Dich irritieren, aber Du wirst nicht unverständlich sein. Die unvorbereitete Hofschäft Deiner Schwester aber hättest Du mir nie vergeben... Eidi...

Joshua nickte. Er kannte die Handschrift; auch ohne Unterzeichnung hätte er den Absender erraten.

Ein scharfer Zug von Verachtung legte sich in seine Mundwinkel. Ausgerechnet dieser verlebte Junge... Standaal!

Eidi van Soolten verkehrte seit seinem dreizehnten Jahre im Mühlenmeisterlichen Hause. Derzeit hatte Joshua eine besondere Vorliebe für den begabten jungen Menschen gehabt. Er hatte es nie begriffen, daß der alte Soolten keinen Einfluß auf seinen Sohn nahm, um den jungen Mann zum Bestimmen auf sich selbst zu bringen. Eidi van Soolten's süßliche Versinken in das wilde, entwerwendige Großstadtleben hatte ein fast überflüssiges Bedauern bei ihm hervorgerufen.

Die Ungeheuerlichkeit der Vorstellung, daß dieser selbe junge Mensch es nun gewagt hatte, in das feste Gefüge seines Familienlebens eine fürchterliche Furchung zu schlagen, lächelte ihn im ersten Augenblick derartig, daß er den Gedanken, was jetzt geschehen mußte, erst nach einer Weile verfluchen konnte. Dieser fürchterliche Brief erhielt ja noch eine zweite entzückliche Enthüllung. Auch darin hätte er Angst klar sehen müssen... Frau Gerda's fürchterlicher Aufwand nach dem Tode ihres zweiten Mannes mußte doch zu denken geben. In Soolten's Hause wohnte sie... In Soolten's Automodil sauste sie täglich durch Berlin, Soolten's „verwahrte“ ihr Vermögen...

Joshua stand plötzlich still. Eine beredte Mundbewegung markierte ein vorherrschendes Gefühl in ihm: Ekel... Hru! Zeufel!

Sekundenlang drehte sich das Zimmer um ihn im Kreise. Die Möbel, die Leppiche, die Bilder und die hundert Rippen und Kunstgegenstände ringsum schienen plötzlich von einem wirbelnden Leben erfüllt. Und mit ihnen begann der Bau des neuen Mühlenmeisterhauses in seinen Grundmauern zu schwanken. Die Fundamente, die das Finanzgenie eines van Soolten zusammengegründet, lockerten sich wie unter einer wellenförmigen Erdbewegung, und der gewaltige, wie von Riesen für Jahrtausende geschaffene Bau stürzte unter den tribol kandelnden, juwelenblitzenden Fingern einer leidenschaftlichen Frau zusammen.

Das verächtliche Lächeln in seinen Mundwinkeln verhärtete sich, als er sich vergegenwärtigte, daß die „Gesellschaft“ nun wohl eine Extrapostkartenstellung mit Pauken und Trompeten von ihm, als dem beleidigten Ehemann, erwartete. Das sahste noch gerade.

Seine soziale Stellung hatte ihn eigentlich gegen seine persönlichen Wünsche in Kreise geführt, in denen er sich weder wohl noch heimlich fühlte, mit denen er nur Genuß wegen in engerem Kontakt geblieben war. Diese eleganten, bläulichen, kandelnden Menschen, die Genuß zu ihren Intimen zählte, die alle der sogenannten „besten Gesellschaft“ angehörten, waren ihm mit ihrem Phrasengeflügel, ihrer Dichtgrübelerei, mit der sie die höchsten Werte in gangbare Kleinmünze umprägten, die untereinander Geseze austauschten, Rodege für ihresgleichen erlassen, immer fremd geblieben. Das gingen die Leute ihn an! Er war in einer andern Welt zu Hause... auch in einer solchen, in der man sich nicht langweilt... in der jeder seinen eignen Weg geht, den Weg strenger Selbstkontrolle und der unbestechlichen Gerechtigkeit im Urteilen und Handeln.

Sie saß immer in Momenten der Seelenkrisen, war seine verstorbene Frau neben ihm. Und wie er einmal die Augen schloß, glaubte er den warmen Druck ihrer Hand zu spüren, wie sie ihn mit sich zog, weit, immer weiter, eine Wandlung ohne Ende, bis die Gegenwart hinter ihm klack und wie ein blauer Nebel die Geseznisse der letzten Stunden fielen.

Da wurde er ruhig und konnte überlegen.

(Fortsetzung folgt.)

antworten haben, vor den Arbeitern kann er es nicht verantworten. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Wer behauptet, daß es sich bei der jetzigen Lohnbewegung um einen Schmpathie- oder Solidaritätsstreik für die englischen Bergarbeiter handelt, bezweht die Unwahrheit. Unsere Lohnbewegung war schon 1910 eingeleitet, und sie wurde nur aus verschiedenen Gründen bis jetzt vertagt. Man hat sogar solche Mägen verbreitet, daß die deutschen Bergarbeiter den englischen Bergarbeitern am 2. März eine halbe Million zugeschied hätten. Die englischen Arbeiter haben allein über 48 Millionen Mark. Sie haben am 1. März den Streik begonnen und am 2. März sollen wir ihnen schon eine halbe Million geschickt haben. Wer solches Blech glauben kann, ich weiß nicht wie es mit dem im Oberstübchen beschaffen ist. (Sehr gut! links.) Es ist eine Unwahrheit, daß die englischen Bergarbeiter unsere finanzielle Hilfe beansprucht oder bekommen hätten. Wir führen den Kampf im Interesse unserer deutschen Kameraden.

Vom christlichen Gewerksverein wird behauptet, daß Lohn-erhöhungen von den Arbeitgebern versprochen worden sind. Tatsächlich handelt es sich um Lohnzulagen von 10, 20 und 30 Pf für die ganze Schicht, die teilweise erst am 1. April eintreten sollen. Auf vielen Gruben sind sogar Lohnreduzierungen vorgenommen. (Hört, hört!) Es ist auch nicht wahr, daß der deutsche Kohlenbergbau unter der englischen Konkurrenz zu leiden hat. Es läßt sich zahlenmäßig nachweisen, daß die Einfuhr englischer Kohle nach Deutschland ganz gewaltig zurückgegangen ist, während die Ausfuhr deutscher Kohle ebenso stark zugenommen hat. Was die Maximalarbeitszeit in den Bergwerken betrifft, so muß sich Deutschland andern Ländern gegenüber schämen. In Desterreich und Belgien besteht die 8stündige, in Frankreich und England die 8stündige gesetzliche Maximalarbeitszeit in Bergwerken. Das Uebererschichten ist in Desterreich, Belgien und England teils gesetzlich eingeschränkt, teils völlig verboten. In deutschen Bergwerken haben wir aber noch Arbeitszeiten von 9, 10 und 12 Stunden. In Oberschlesien werden trotz der 12stündigen Arbeitszeit die Leute noch gezwungen, eine ganze Anzahl Ueberstunden zu machen (Hört, hört!), da ist es kein Wunder, daß die Krankheitsstatistik der Bergleute verzeichnet, daß von 100 Bergleuten jährlich in einzelnen Gebieten 141,7 krank sind. (Hört, hört! links.) Das sind erschreckende Zahlen, und doch magt es keine Reichsregierung, keine preussische Regierung, den Bergherren in den Arm zu fallen und zu sagen: So geht's nicht weiter! Wir müssen einen Maximalarbeitszeitgesetz oder eine Beschränkung der Ueberstunden gesetzlich durchführen. Nur wenn die Bergarbeiter den Bergherren ein: Bis hierher und nicht weiter! zurufen, wird es anders werden. (Leb! Weis! links.) Wenn man durch die überlange Arbeitszeit die Bergleute zwingt, ihre Gesundheit zu ruinieren, so ist das beschämend für Deutschland, beschämend für die Regierung, die es nicht magt, solchen Ausbeutern gegenüber endlich die Gesetzgebungsmaschine für

einen wirklichen Arbeiterschutz

in Bewegung zu setzen. (Leb! Weis! h. d. Soz.) Der Gesundheitsrat tut nichts und man hört nichts von ihm! (Sehr wahr! h. d. Soz.) Im Reichsberggesetz muß auch auf freigestellte Sicherheitsmänner Bedacht genommen werden, damit sie ungehindert durch Schikanierungen ihre unfallverhütende Tätigkeit ausüben können.

Meinem Parteigenossen Wels sind aus seinem Wahlkreis (Kraus-Buda) Klagen über die Erziehung deutscher Braunkohlengraber durch Galizier und andre Ausländer zugegangen. Diese Leute leben wie das Vieh. Schließen sie sich der Organisation an, so werden sie als lästige Ausländer polizeilich ausgewiesen! (Stürm. Hört, hört! h. d. Soz.) Und dabei hat die Grube „Affe“, auf der solche Zustände bestehen, in den letzten Jahren Dividenden von 20 bis 25 Prozent abgeworfen. Die Scharfmacher wollen mit den Arbeitern gar nicht in Frieden leben, das haben sie bewiesen als sie den mitteldeutschen Braunkohlengraberwerbseignern im vorigen Jahre verboten, mit den Arbeitern Tarifverträge abzuschließen! Das sollten sich die Behörden vor Augen halten. Wir fordern

reichsgesetzliche Regelung des Knappschaftswesens,

aber ohne das vom Zentrum verlangte Proportionalwahlrecht, weil dies auch nach Ansicht der Christlichen nur Behenmarionetten in die Vorstände bringen und dadurch die Arbeit lähmen würde. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Die Lohnzahlung im Ruhrbergbau ist heute noch so schlecht, daß die Arbeiter jetzt darum kämpfen müssen, daß am 25. eine Abschlagszahlung und am 10. kommenden Monats die Restzahlung erfolgt. Dringend fordern die Arbeiter eine Einschränkung des furchtbaren Strafsystems der Bechen und Erziehung des Zwangsarbeitsnachweises durch paritätische Arbeitsnachweise. Das Reichsberggesetz wird nicht eingehacht, weil es die Scharfmacher nicht wollen. Nur wenn im Sinne unserer Resolutionen vorgegangen wird, können große Kämpfe im Bergbau vermieden werden. (Leb! Weis! h. d. Soz.)

Abg. Fr. I. (Str.) tritt für die bekannten Mittelstandsforderungen ein und erklärt im Gegensatz zum Abgeordneten Pauli, daß die Bürgerkunde in die Fortbildungsschule hineingehöre, die Religion aber auch. Er wendet sich dann gegen den Sanjambund und schließt damit, daß die Sozialdemokratie die Genossenschafts-idee übernehme, um die selbständigen Existenzen zu vernichten. Mit den Maßnahmen für den Mittelstand dürfe man nicht warten, bis er nicht mehr da ist.

Abg. Dr. Mayer (Kaufbeuren, Str.) verwahrt sich gegen die angebliche Unterstellung Sachses, daß er die Bergarbeiterlöhne als hoch genug bezeichnet habe.

Abg. Sachse (Soz.): Die Ausführungen Mayers bestätigen mein Urteil über Sie; ich habe nichts davon zurückzunehmen. Dienstag 1 Uhr Fortsetzung. Schluß 6 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

29. Sitzung.

Berlin, 4. März, 11 Uhr vorm.

Im Ministertisch: Sydow, v. Kelsen.

Das Dreiklassenhaus hatte sich am Montag mit dem Berg-eiat zu beschäftigen. Selbstverständlich stand die große Bewegung der Ruhrbergleute im Mittelpunkt der Debatte. Ohne daß irgend jemand den christlichen Verband angegriffen hätte, hielt es der Abg. Ruß wieder einmal für nötig, den alten Verband und die Sozialdemokratie der Verhöhnung der Bergarbeiter zu beschuldigen, womit er ja den Beifall der Junker leicht erlangte.

Genosse Reinert, der gleich nach diesem Herrn zu Worte kam, besprach zunächst die Lage der Arbeiter und Beamten in den staatlichen Bergwerken. Er betonte, daß der Staat die Pflicht gehabt hätte, den privaten Unternehmern darin voranzugehen, die Löhne, die seit 1907 ununterbrochen gestiegen sind, aus An-las der Leuerung zu erhöhen. Sehr bemerkenswert war, was der sozialdemokratische Redner über die Behandlung der Sicher-heitsmänner und die Einschränkung ihres Wirkungskreises heutzutage in den Staatsbergwerken ein-lagte. Die im letzten Jahre auch in den Staatsbergwerken ein-geführten Prämien für die Betriebsbeamten bezeichnete er mit Recht als ein Mittel, die Ausbeutung der Arbeiter zu verschärfen, Korruption herbeizuführen und die Beamten um ihr Koalitions-recht zu bringen.

Dann aber zeigte Abg. Reinert die tiefgründigen Ursachen der Gärung im Ruhrbergbau auf und er widerlegte dabei die be-kannten Argumente der Bechen, die denn auch zugleich der Schu-ditus des Kohlenindustrials, Abg. Girsch (Men), in langer Rede vor-trug, wobei er die Zustimmung des Zentrums fand, die freilich nicht die der christlichen Bergarbeiter sein dürfte.

Handelsminister Sydow, während der Reinertischen Rede rasch herbeigekallt, stimmte in den Forderungen des Herrn Girsch über

die Sicherheitsmänner nicht ein, er mußte vielmehr erklären, daß sich die Klagen selbst der Unternehmer vermindert haben. Natürlich wies der Minister weit vor sich, etwa gar das Beispiel der englischen Regierung nachahmen zu wollen. Nach einigen belang-losen Scharfmacherphrasen einiger Bürgerlicher verlegte sich das Haus.

Aus der Parteibewegung.

Stadtverordnete und Bürgermeister. Die Potsdamer Straßammer beurteilte den sozialdemokratischen Stadtverordneten Pawera aus Zücherhof wegen Beleidigung des Zücherboger Bürgermeisters Wegerich zu vier Monaten Gefängnis!

Einberufung des italienischen Parteitags. Angekündigt der durch die Spaltung der Parlamentsfraktion geschaffenen Sachlage hat der italienische Parteivorstand beschlossen, in der kürzesten statutengemäßen Frist von 8 Monaten einen Parteitag ein-zuberufen, der somit Anfang Juni zusammenzutreten wird. Als Ort der Tagung ist Reggio Emilia gewählt worden. In der gemeinsamen Sitzung, die am 28. Februar Parteivorstand und Parlamentsfraktion abhielten, erklärte Wissolati seinen Aus-tritt aus der Fraktion und begründete ihn damit, daß seine Person der Hauptanlaß der heutigen Spaltung sei. Es wurde dann eine Tagesordnung Canepa angenommen, die die Reorganisation einer einzigen Parlamentsfraktion festsetzt, wobei in Erwartung der Be-schlüsse des kommenden Parteitags die Unterordnung der Winderheit unter die Mehrheit als Grundlage der neuen Fraktion gilt. Die Sitzungen waren ungemein lebhaft, und eine von ihnen hat bis 4 1/2 Uhr morgens gedauert.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Der Umsatz der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsum-vereine im Jahre 1911. Die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine erzielte im verflohenen Jahr einen Umsatz von nahezu 110 Millionen Mark. Gegenüber 88,7 Millio-nen Mark im Vorjahr ist das eine sehr erfreuliche Steigerung. Die Seifenfabrik erzielte 4,8 Millionen Mark Umsatz, in den Zigarrenfabriken betrug er 2,6 Millionen Mark. Auch hier ist die Zunahme erfreulich. Die Bankabteilung hatte 1911, dem dritten Jahr ihres Bestehens, einen Uroumsatz von 99,1 Millionen Mark in Debet und 100,0 Millionen Mark in Kredit.

Steuerefreiheit der Genossenschaften vom Oldenburger Land-tag beschlossen. Zur selben Zeit, wo man in Preußen darangeht, die Konsumvereine einer Ausnahmebehandlung zu unterwerfen, ist man in Oldenburg bemüht, ein altes Unrecht gutzumachen und die Bestuerung der Genossenschaften aufzuheben. Im Jahre 1906 wurden in Oldenburg auf Veranlassung der Regierung, die den Mittelständlern einen Gefallen erweisen wollte, die Genossen-schaften der Einkommensteuer unterworfen, und zwar wurden sämt-liche Genossenschaftsarten gleichmäßig besteuert. Die Belastung der landwirtschaftlichen Genossenschaften wurde jedoch zu groß, insbesondere, weil die Rechtsprechung des Oldenburger Oberver-waltungsgerichts auch sämtliche Arten der Rückvergütung der Steuer unterwarf. Regelmäßig erhoben nun die Vertreter der land-wirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung im Landtag gegen diese starke Anziehung der Steuerlast Protest. Eine Ausnahme-behandlung der landwirtschaftlichen Genossenschaften war jedoch nicht gut möglich, und so wurde schließlich jetzt ein Beschluß, der sämt-liche Genossenschaften von der Einkommensteuer freilassen will, vom Landtag angenommen.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Generalstreikperrung im Schneidergewerbe angekündigt! Nach dem letzten Schriftwechsel zwischen den Vorständen beider Ver-bände mußte es den Anschein erwecken, daß es zu nochmaligen Ver-handlungen kommen sollte. Der Wind ist im Unternehmerverband plötzlich völlig umgeschlagen, wie nachstehendes Schriftstück zeigt, das der Unternehmerverband an den Zentralvorstand des Schneiderver-bandes sandte:

2. März 1912.

Den Eingang Ihres Schreibens vom 1. cr. bestätigend, teilen wir Ihnen mit, daß wir mit Rücksicht auf die vollständige Ueberein-stimmung hinsichtlich der Auslegung des § 12 des Generalvertrags auf einen weiteren Schlichtungsversuch verzichten. Unser vorgestern gestellter Antrag ist somit hinfällig. Wir zeigen Ihnen gleich-zeitig an, daß die von unserm Hauptvorstand in seiner Sitzung vom 26. Februar beschlossene Generalstreikperrung am 9. März zur Durchführung kommt.

In Vochum steht der Streit außerst günstig. 44 Firmen hatten bereits bis zum 2. März den Tarif unterschrieben anerkannt. Es stehen nur noch ein Duzend Geschäfte aus, die übrigens sämtlich unbedeutend sind.

Der Verband der Sattler und Portefeuillier im Jahre 1911. Auch im verflohenen Geschäftsjahre hat diese Organisation gute Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzunahme betrug 1219. Der Verband zählt 13 819 Mitglieder, darunter 1168 weibliche. Die männlichen Mitglieder haben um 922 und die weiblichen um 227 zu-genommen. Der durchschnittliche Mitgliederstand betrug 13 206. Die große Steigerung der Mitgliederzahl vom Jahre 1910 ließ für 1911 zahlreichere Bewegungen erwarten. Insgesamt wurden 83 Bewegungen in 729 Betrieben mit 12 454 Beschäftigten durchgeführt; daran waren beteiligt 10 818 Personen. 62 Bewegungen mit 10 329 Personen wurden ohne Kampf beendet. In Lohnkämpfen waren 489 Personen beteiligt; darunter befanden sich 131 Ausgeperrte. Die Gesamtdauer der Kämpfe betrug 623 Tage. In 16 Fällen endete auch die Be-wegung mit vollem Erfolg; 4 Streiks gingen verloren. Die Lohn-bewegungen ohne Arbeitseinstellung waren in 53 Fällen vollständig erfolgreich und 9 hatten einen teilweisen Erfolg. Außerdem waren 4 Abwehrbewegungen ohne Kampf zu verzeichnen, die gleichfalls mit Erfolg beendet werden konnten. Die Hauptresultate ließen sich dahin zusammenfassen, daß 7 195 Personen eine wöchentliche Arbeitszeitverlängerung von 15 217 Stunden erreichten und 10 868 Beteiligte eine durchschnittliche Lohnerhöhung pro Woche um 22 493 Mark erzielten. Außerdem wurden für 1400 Personen Zuschläge für Ueberstunden und dergleichen erzielt. 32 Tarifverträge wurden abgeschlossen. Die Resultate auf dem Gebiete der Streite und der Lohnbewegungen sind also als befriedigend zu bezeichnen, sie haben der Organisation nur 31 582 Mark an Kosten verursacht. Der Kassenbericht zeigt eine Einnahme an Beiträgen von 294 872 Mark oder pro Kopf 22,33 Mark. Unter den Hauptausgaben-posten steht die Erwerbslosenunterstützung mit 99 548 Mark obenan. Die Ausgaben für Unterstützungen stehen mit 37,3 Prozent in der Ausgabensumme an erster Stelle. An Unterstützungen jeglicher Art wurde pro Kopf 10,92 Mark wieder an die Mitglieder zurückgezahlt.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 4. März.

Aufgebote: Kaufmann Wilhelm Wienecke in Tanger-münde mit Ida Girsch hier. Serg. Wilhelm Schäfer mit Hedwig Matthias. Arbeiter Franz Oellers mit Anna Märker. Ausfüh-rungsführer August Friedrich Wunderlich hier mit Anna Germaine Göthling in Weiskendorf. Kaufmann Walter Rabe hier mit Auguste Elisabeth Götte in Kreienzen.

Geschließung: Friseur Fritz Eichelmann mit Emma Seeger.

Geburten: Karl Feins, S. des Architekt-Photographen Karl Lohje. Hans Georg, S. des Kaufmanns Geradus Holz. Elisabeth, T. des Gärtners Walter Damm. Anneliese, T. des

Lehrer. Kantassistenten Ernst Horkater. Joh. S. des Malers Bauverwalters August Gröme. Herta, T. des Schmieds Wil-helm End. Kurt, S. des Fleischers Paul Gieseler. Friedrich, T. des Bezirks-Inspektors Augustinus Stahler. Paul, S. des Fleischers Paul Berndt. Ilse, T. des Mechanikers Walter Diez. Charlotte, T. des Wägelmeisters Friedrich Gallmann. Werner, S. des Kaufmanns Max Sauer. Ludwig, S. des Oberlehrers Erich Watz. Ilse, T. des Arbeiters Karl Pirchner.

Todesfälle: Buchhalter Bernhard Wlbig, 68 J. 4 M. 18 T. Witwe Marie Guschbed geb. Wulke, 64 J. 7 M. 1 T. Witwe Friederike Neumann geb. Goppel, 68 J. 5 M. 21 T. Auguste geb. Heine, Ehefrau des Arbeiters Friedrich Fährmann, 64 J. 8 M. 1 T. Eisenbahngangführer Gustav Kiesler, 45 J. 3 M. 25 T. Ida geb. Rappa, Ehefrau des Artisten Charles Brabury, 38 J. 7 M. 15 T. Martha geb. Wille, Ehefrau des Güterbodenarbeiters Gustav Rittel, 32 J. 7 M. 11 T. Einjährig-Freiwilliger Joh. Schaaf, 28 J. 8 M. 28 T. Käthe, T. des Ar-beiters Fritz Bergmann, 6 M. 29 T.

Totgeburt: S. des Mechanikers Willi Koch.

Endenburg, 4. März.

Geburten: Elisabeth, T. des Eisenrehers Friedrich Wustrau. Ilse, T. des Arbeiters Rudolf Mikallus. Willi, S. des Arbeiters Willi Brandes.

Todesfälle: Willi, S. des Arbeiters Willi Brandes, 4 T. Arbeiter Gustav Nadge, 25 J. 7 T. Arbeiter Hermann Berger, 29 J. 4 M. 22 T. Arbeiter-Invalide Joseph Kraynoba, 50 J. 10 M. 11 T. Arbeiter Ewald Borchers, 21 J. 6 M. 17 T. Schleifer Otto Ohle, 62 J. 8 M. 24 T.

Budaun, 4. März.

Aufgebot: Krankenwärter Paul Bischof mit Alma Gens. Geburt: Elisabeth, T. des Lederbinders Heinrich Gerede. Todesfall: Dreher Otto Thieme, 49 J. 1 M. 12 T.

Neustadt, 4. März.

Aufgebote: Straßenbahn-Schaffner Otto Conrad mit Paula Bergau. Arbeiter Otto Lentge mit Helene Wollschläger. Geburt: Elisabeth, T. des Kutstfers Ernst Meier. Todesfälle: Ehefrau des Versicherungsbeamten Ad. Heine, Marie geb. Rixert, 40 J. 11 M. 6 T. Fleischermeister Friedrich Wärtens, 65 J. 4 M. 17 T.

Groß-Otterleben.

Aufgebote: Fleischer Willi, Karl mit Luise Köhle. Arb. Paul Thul hier mit Anna Witte in Nübar. Geschließungen: Arb. Adolf March in Neuberken mit Helene Migot hier. Arb. Gustav Leonhardt mit Minna Berg-mann. Steinseher Willi, Karl mit Luise Köhle.

Geburten: Walter, S. des Schlossers Otto Ebeling in Bennedenbed. Werner, S. des Drehers Ad. Schraber. Ewald, S. des Arb. Otto Meinede. Anna, T. des Schloss. Friedrich Haber-hause. Erich, S. des Arb. Joh. Fischer in Bennedenbed. Gertrud, T. des Kutstfers Michael Gzabb. Emma, T. des Arb. Otto Müller in Bennedenbed. Ernst, S. des Arb. Heinrich Gredde. Herta und Gilda, Zwillingst. des Maurerpolieters Ad. Porenburg.

Todesfälle: Rudi, S. der Witwe John in Bennedenbed, 6 J. 11 M. 16 T. Jena, T. des Pferdebesitzers Franz Umann, 2 M. 8 T. Herta, T. des Viehhändl. Karl Nepe in Bennedenbed, 5 J. 4 M. Ehefrau Therese Heinemann geb. Ebeling, 40 J. Rentner Julius Koch, 76 J. Invalide Heinrich Fehler, 61 J. Otto, S. des Arb. Otto Wallstab in Bennedenbed, 6 J. 1 M. 27 T. Erich, S. des Arb. Otto Wallstab in Bennedenbed, 6 M. 10 T. Paul, S. des Schweizers Wilhelm Girschfeld, 2 J. 7 M. 10 T. Waldmühl August Wuchau, 48 J. Ernst, S. des Invaliden Selig Brömmel, 4 M.

Oldensiedt.

Aufgebot: Maurer Gustav Richard Hindemann hier mit Agnes Else Lausch in Diesdorf. Geschließungen: Landwirt Gustav Bertold Fide mit Elisabeth Emma Diefing. Maurer Gustav Adolf Schäfer mit Martha Selma Wille. Maurer Gustav Fehlbauer mit Herta Selma Ebeling. Arbeiter Richard Karl Schüpe mit Marie Emma Schumann.

Geburten: Otto Erich, S. des Fabrikarbeiters Christian Daniel Sigismund Delge. Hildegard Martha, T. des Eisenrehers Hermann Christian Hoppe. Ernst Selmutz, S. des Bauarbeiters Karl Reinhold Jäger. Albert Rudi, S. des Arbeiters Johann Heinrich Ged. Willi, S. des Bauarbeiters Richard Wilhelm Höding.

Todesfälle: Erwin, S. des Arbeiters Hermann Karl Braune, 4 J. Willi, S. des Bauarbeiters Richard Wilhelm Hö-ding, 5 Std.

Mischerleben.

Aufgebot: Pastor Ludwig Giesele in Dorne mit Char-lotte Eggers hier.

Geburten: S. des Fleischers Karl Löhring. T. des Tischlers Friedrich Lange. T. des Arbeiters Karl Peil.

Todesfälle: Invalide Gotthelf Schölke, 67 J. 9 M. 11 T. Frida, T. des Arbeiters Friedrich Ermdke, 3 M. 9 T.

Reuhaldensleben.

Aufgebote: Automobilbesitzer Johann Berends Lübben in Wilhelmshaven mit Antonie Emma Reschen Pfaff-rott hier. Pastor Herm. Christoph Adler mit Anna Amalie Margarete Steimmeyer.

Stakfurt.

Geschließungen: Monteur Ernst Heinrichs mit Alwine Rath geb. Regrod. Güterbodenarbeiter Ernst Markgraf mit Anna Robe. Hilfssteiger Gustav Appelt mit Margarete Fischer. Todesfall: Frida Halbzig, 8 M.

Aus dem Geschäftsverkehr.

Verlangen Sie
Jasmatzi-Dubec



m. Mundel.

m. Gold.

die begehrteste und angenehmste
2 1/2 Pfg.-Cigarette.

